H 8040 F
ISSN 1619-1404
26. Jahrgang
Nummer 154
Mai | Juni 2015
3,50 Euro

Gedenken



der rechte **rand**

magazin von und für antifaschistInnen

Unser Titelbild zeigt Überlebende auf dem Gelände der Gedenkstätte des KZ Buchenwald im April 2015 – Foto: Mark Mühlhaus/attenzione

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und Leser,

ganz erstaunliche Nachrichten erreichten uns Anfang Mai: Eine neue rechtsterroristische Gruppe sei ausgehoben worden, womöglich nach dem Vorbild des NSU. Der Neonazi-Gruppe »Old School Society« (OSS) wird vorgeworfen, Anschläge unter anderem auf Flüchtlingsheime geplant zu haben; drei Männer und eine Frau wurden festgenommen. Die OSS agierte nicht im Untergrund, ihre Mitglieder hatten ganz offen auf Facebook Inhalte und Ziele gepostet. Als Ergebnis des immensen Kräfteeinsatzes von 250 PolizistInnen, die Durchsuchungen in fünf Bundesländern durchführten, wurden pyrotechnische Sprengsätze »mit großer Sprengkraft« präsentiert.
Was die OSS von anderen Neonazis in Deutschland unterscheidet, ist nach jetzigem Kenntnisstand nicht klar. Als besonders intelligente Avantgarde der Szene ist sie bisher nicht aufgefallen. Richtig ist, dass stumpfes Auftreten und Agieren von Neonazis kein Garant dafür sind, dass diese keine Menschen angreifen und Anschläge begehen. Auch eine offen zur Schau getragene Gewaltbereitschaft schließt keinesfalls aus, eben jene Gewalt in die Tat umzusetzen. Wenn dies aber die Grundlage für das Vorgehen der Sicherheitsbehörden war, dann müssten derzeit überall in der Bundesrepublik Wohnungen durchsucht und Rechte festgenommen werden. Denn das gesamte neonazistische Milieu ist gewalt- und terroraffin und Anschläge auf Flüchtlinge sind beileibe keine Seltenheit.
Dass Innenminister de Maizière nach den Razzien sagte, hier sei eine »erste Vereinigung nach dem NSU« aufgetaucht, relativiert nicht nur die Mord- und Anschlagsserie des NSU-Netzwerks und das beispiellose Versagen der Sicherheitsbehörden. Die Behauptung beinhaltet auch, dass neben NSU und OSS keine rechte Gewalt, keine rechten Morde, kein rechter Terror existieren würden.
Ein böser Verdacht drängt sich auf. Der Verfassungsschutz habe die notwendigen Informationen geliefert, und die früher so kritisierte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Nachrichtendiensten habe jetzt maßgeblich zu dem Ermittlungserfolg beigetragen, hieß es nach den Razzien. Die ganze Aktion wirkt derzeit wie eine gewaltige PR-Kampagne für den Verfassungsschutz.
Bedenklich ist, dass viele JournalistInnen – anders als 2011 – die euphorischen Meldungen aus dem Innenministerium nicht kritisch hinterfragten und den VS über den grünen Klee lobten. Sie konnten oder wollten nicht darauf hinweisen, dass rechte Gewaltmilieus unter den Augen des Verfassungsschutzes eine jahrzehntelange Tradition haben.

»Rädchen in der Maschine«

Im Auschwitz-Prozess räumt der frühere SS-Offizier Oskar Gröning eine »moralische Mitschuld« ein. Strafrechtlich will er jedoch nicht verantwortlich sein.

von Andreas Speit



^ Schuhberge von Ermordeten in Auschwitz

»Ich habe den Nazis vergeben«. Seit Beginn des Prozesses gegen den ehemaligen SS-Unterscharführer Oskar Gröning hat die Auschwitz-Überlebende Eva Kor mehrmals erklärt, verziehen zu haben, um sich selbst zu befreien. Doch wer mag das beurteilen?

In einer Erklärung kritisieren 49 weitere NebenklägerInnen aus Europa, Israel und Nordamerika, vertreten durch die Rechtsanwälte Cornelius Nestler und Thomas Walther, die Äußerungen von Kor. »Unsere Mandanten hätten hier nichts zu kommentieren – wer besser als die Überlebenden von Auschwitz weiß, dass jeder einen eigenen Weg finden muss, mit dem Erlittenen umzugehen«, schrieben die Anwälte. Allerdings solle sie als Nebenklägerin endlich auf öffentliche Aussagen, wie »diese Anklagen müssen aufhören«, verzichten.

Am 21. April begann von dem Landgericht Lüneburg das Verfahren wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 300.000 Fällen. Sichtlich schwach, aber bei Sinnen, sitzt der 93-Jährige auf der Anklagebank in der zum Gerichtsaal umfunktionierten Ritterakademie. Der große grauhaarige Mann bleibt auch sitzen, wenn das Gericht um den Vorsitzenden Richter Frank Kompisch den Raum betritt. Aber an solchen Kleinigkeiten will sich Kompisch nicht aufhalten.

In fünfzehn Minuten trug Staatsanwalt Jens Lehmann in der Anklage vor, was Worte nicht erfassen können – und bei dem nicht nur die insgesamt 69 NebenklägerInnen ihren persönlichen Weg des Umgangs suchen. Lehmann verlas, wie der SS-Freiwillige in Auschwitz vom 28. September 1942 bis zum 16. Oktober 1944 das Tötungsgeschehen unterstützte, indem er in der Häftlingsgeldverwaltung das Geld der Todgeweihten verbuchte. An der Rampe beim Sortieren der Menschen habe er ebenso Dienst getan.

In seiner knapp einstündigen Aussage bekannte sich Gröning zur »moralischen Mitschuld«. Seine weiteren Einlassungen während der ersten drei Verhandlungstage waren jedoch nicht nur für anwesende Auschwitz-Überlebende und Angehörige von Ermordeten verstörend, was die Vergebungsbekundungen von Kor ebenfalls entkräftete. Denn rechtlich schuldig fühlt sich das »Rädchen in der Maschine«, wie sich der frühere Sparkassenangestellte selbst versteht, nicht. In den Sätzen seiner Aussage schwang ein Ton von Nüchternheit und Sachlichkeit mit. »Schrecklich« fand er, dass ein anderer SS-Mann ein Baby, das im Gepäck versteckt war, so lange gegen einen LKW schlug bis es verstummte. Aber der Massenmord hinter den Türen der Gaskammern ergriff ihn weniger.

Auf Nachfragen des Gerichts, der Staatsanwaltschaft und der NebenklägerInnen erklärte Gröning: »Wir haben das für vernünftig gehalten, dass die Feinde des deutschen Volkes ausgerottet werden.« Viele von Kompischs Fragen, wie zum Beispiel, ob er nicht ahnte, was die SS mache, beantwortete er mit »nein«. Eine »schneidige Truppe« sei sie allerdings gewesen. »Haben Sie mal überlegt, wem das Geld gehörte«, fasste Kompisch nach: »Dem Staat«, denn »die Juden brauchten es ja nicht mehr«, antwortete Gröning ungerührt. An der Rampe sei alles »geordnet« abgelaufen. »Die Vieh- und Güterwagen wurden geöffnet, und die Juden mussten nicht mal ihr Gepäck selber rausbringen.« Es hieß: »Da ist Personal, das sich kümmert.« »Die Kapazität der Gaskammern und Krematorien war reichlich begrenzt«, was eine Staffelung bedingte, erklärte er weiter, und: »Für uns war das Routine.« Man rühmte sich damit, »dass man in 24 Stunden 5.000 Leute versorgen konnte«.

Technokratische Rhetorik des SS-Buchhalters, die an einen anderen SS-Freiwilligen erinnert, der auch erschreckend ‹normal› wirkte: Adolf Eichmann, der die »Endlösung«, die Züge zum Rollen brachte – an die Rampe, an der Gröning stand. Auf die Frage des Nebenklägers Günther Feld: »Haben Sie sich vorstellen können, dass Juden jemals aus Auschwitz lebend herauskommen und Nachkommen haben würden?«, antwortete er nüchtern: »Nein«.

Im Verfahren saßen Gröning Überlebende gegenüber. Die Schilderungen ihres Leids verfolgte er nach außen unberührt. Am 29. April (letzter Verhandlungstag vor Redaktionsschluss) sagte erstmals eine Tochter von Holocaust-Überlebenden aus. Judith Kalman sprach von der »geerbten Schuld, überlebt zu haben« und schilderte, dass sie der Verlust der Angehörigen ihrer Eltern nie los ließ. Allein ihr Vater verlor 84 Verwandte. Sie sagte, dass sie als Autorin in Toronto mit der »Last des Schuldgefühls« lebe. Worte, die die 49 NebenklägerInnen bekräftigen: »Wir können Herrn Gröning nicht die Mitwirkung am Mord unserer Angehörigen und weiterer 299.000 Menschen verzeihen – zumal er sich bisher frei von jeglicher strafrechtlicher Schuld fühlt.«

Das Verfahren, so Walther, soll zudem das Versagen der deutschen Justiz dokumentieren. Schon 1977 hatte die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main gegen Gröning ermittelt und das Verfahren 1985 »mangels Beweisen« eingestellt. Eine Begründung wurde laut Anwalt damals zwar in Aussicht gestellt, doch liege diese noch heute nicht vor. Dass die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft den Vorgang dann auf sich beruhen ließ, wertet er als mangelndes Interesse an der Strafverfolgung. Dass in anderen NS-Verfahren gerade das Alter des Angeschuldigten angeführt wurde, um Prozesse einzustellen, weiß Walther auch. Vor Gericht offenbarten die ersten Aussagen der Überlebenden jedoch erneut, dass das Vergangene nie vergangen ist. Für Christoph Heubner, Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, spiegelt diese Frage den deutschen Umgang mit dem Holocaust wider: »Statt bei den Opfern ist man bei den Tätern.« Doch die Opfer können nichts für diese späte Anklage. Das Verfahren läuft bis zum 29. Juli 2015.



^ *Aufmarsch in Saalfeld*

1. Mai – Bilder einer Dezentralisierung

Von den zahlreichen überregional mobilisierenden Anlässen und Gedenktagen ist der extremen Rechten der 1. Mai geblieben. In diesem Jahr jedoch konnte er seine vormals einigende Wirkung nicht entfalten.

von Robert Andreasch, Fabian Boist, Toni Brandes, Michael Klarmann und Ernst Kovahl

Auffällig bei der Betrachtung der zum diesjährigen 1. Mai angemeldeten Aufmärsche von Rechts ist der Trend zur »One-Partei-Show«. Offensichtlich gab und gibt es auf Bundesebene keine Bereitschaft bei NPD, »Die Rechte« oder dem »Der III. Weg« gemeinsam zu organisieren oder gar aufzutreten. Die Folge ist, dass der extremen Rechten eine ihrer identifikationsstiftenden Säulen wegbricht. Aufmärsche mit mehreren tausend TeilnehmerInnen dienen der Selbstvergewisserung ebenso wie der Einschüchterung des politischen Gegners. Dieses Jahr waren bundesweit 2.000 Neonazis auf der Straße. Damit setzte sich der Abwärtstrend der letzten Jahre fort. Parallel dazu ist eine Verlagerung der Aktivitäten organisierter Neonazis auf die regionale Ebene zu beobachten, dabei steht die Hetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen an erster Stelle. Ein Thema, das auch die Motti der Aufmärsche in diesem Jahr beherrschte. Aber es wird auch deutlich, dass die Teilnehmenden gewaltbereit waren und die Konfrontation mit Polizei und vor allem GegendemonstrantInnen suchten.

Erfurt

Die NPD Thüringen und »parteifreie Kräfte« riefen für den 1. Mai zu einem Aufmarsch in die Landeshauptstadt Erfurt auf. Das Motto: »Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen – Die etablierte Politik macht Deutschland arm«. Die Veranstaltung war erst angekündigt worden, nachdem die Neonazi-Partei »Der III. Weg« einen Aufmarsch im thüringischen Saalfeld angemeldet hatte. Offenbar wollte die NPD der Konkurrenz das Aufmarschfeld nicht allein überlassen. Ausdrücklich wandte sich die Neonazipartei im Aufruf zu dem Aufmarsch gegen die seit kurzem im Amt befindliche linke Landesregierung: »Thüringen steht ob der links-grünen Landesregierung sinnbildlich für den Niedergang unserer Heimat.« Es solle »ein eindrucksvolles Zeichen nach oben gesetzt werden, das der machtvernebelten und antideutschen Politikerkaste zeigt, wer das Souverän in unserem Land ist«. Doch schon mit dem Vorhaben, am Thüringer Landtag und an der Staatskanzlei vorbei zu marschieren, scheiterte die Partei. Nach einem Rechtsstreit mit der Stadtverwaltung wurde der Aufmarsch vom Oberverwaltungsgericht zwar genehmigt, jedoch weit abseits von Parlament und Regierungssitz. Auch die Zahl von etwa 180 TeilnehmerInnen ist ein Rückschlag für die Partei unter dem Vorsitz von Tobias Kammler. Am 1. Mai 2007 waren noch 1.000 Neonazis dem Ruf der NPD nach Erfurt gefolgt. Neben Kammler sprachen der NPD-Europaabgeordnete Udo Voigt und der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Thorsten Heise. Eine Gruppe von etwa 40 Neonazis, die mutmaßlich auf dem Weg zum Erfurter Aufmarsch war, überfiel in Weimar eine Gewerkschaftskundgebung. Mehrere Personen wurden verletzt und im Krankenhaus behandelt. Unter anderem war der SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Schneider Ziel der Attacke, dem Oberbürgermeister der Stadt, Stefan Wolf, entrissen sie das Mikrofon der Kundgebung. Die Neonazi-Gruppe führte Fahnen und Plakate der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« mit sich. 29 Neonazis wurden festgenommen.

Saalfeld

600 Neonazis erschienen zum Aufmarsch im thüringischen Saalfeld. Neun Monate nach dem »Freien Netz Süd« (FNS)-Verbot zeigte sich die Nachfolgestruktur »Der III. Weg« damit von den staatlichen Maßnahmen unbeeindruckt. Die bayerischen Teilnehmenden trugen die T-Shirts der verbotenen »Fränkischen Aktionsfront« (FAF) beziehungsweise FNS und

präsentierten das schwarz-weiß-rote-Fronttransparent »Arbeit – Zukunft – Heimat«, dessen aufgedruckter Arbeiter mit Spaten auch schon ein FNS-Flugblatt geziert hatte. Dahinter reihten sich Organisationen aus dem Bundesgebiet ein, zum Beispiel der »Fränkische Heimatschutz«, das »FN Hessen«, der »III. Weg – Stützpunkt Berlin«, die »Brigade Halle«, die »Division Thüringen« sowie ein Fahnenblock der »Europäischen Aktion«. Fränkische Neonazistrukturen um die Konkurrenzpartei »Die Rechte« bildeten als »Nationaler Widerstand Bamberg« einen eigenen Block. Aus Rheinland-Pfalz war neben den AktivistInnen des »Aktionsbüros Rhein Neckar« der Parteivorsitzende Klaus Armstroff angereist. Mit der Durchführung des Aufzugs vor Ort hatte er nichts zu tun, die Organisation lag offensichtlich in den Händen der ehemaligen FNS-Kader Matthias Fischer, Tony Gentsch und Rico Döhler. Als Redner traten unter anderem Maik Eminger (»III. Weg Stützpunkt Brandenburg«), Walther Strohmeier (»III. Weg Stützpunkt Ostbayern«), Matthias Fischer, Philippe Eglin und Thomas Wulff auf. Als der Aufzug wegen einer antifaschistischen Blockade längere Zeit hinter einem Schulgelände stoppen musste, eskalierten Neonazis rund um den überregionalen »Autonomen Block« von »antikapitalistischem Kollektiv«, »AN Wetzlar« und »Tag der deutschen Zukunft Neuruppin« zunächst die Situation. Hunderte Neonazis nutzten dann die unfassbar geringe Polizeipräsenz und brachen auf mehreren Seiten aus. Die Polizeiführung wandte sich in einem freundlichen Ton an die Aggressoren und bot einen Aufmarsch mitten durch die Saalfelder Innenstadt an, der dem Versammlungsbescheid zufolge den Neonazis nicht zugestanden hätte. Es folgte ein schneller Lauf des aggressiven Mobs bis zum Bahnhof. Schon auf dem Weg zur Auftaktkundgebung hatten große Gruppen der Neonazis AntifaschistInnen angegriffen und zum Teil sehr schwer verletzt.

Neubrandenburg

Unter dem Motto »Gute Arbeit hat einen Wert« versammelten sich 400 TeilnehmerInnen in der Oststadt. Die Reden wurden vom Bundesvorsitzenden der JN, Sebastian Richter, dem Landesvorsitzenden Stefan Köster und dem Fraktionschef Udo Pastörs gehalten. Der Aufmarsch verzögerte sich aufgrund von Blockaden um zwei Stunden. Nachdem diese von der Polizei geräumt wurden, konnten sich die Neonazis auf einer verkürzten Route in Bewegung setzen. Aber auch diese konnte nicht bis zum Ende gegangen werden. Eine weitere Blockade sorgte für den endgültigen Stillstand und die Auflösung des Aufmarsches. Insgesamt beteiligten sich mehrere hundert GegendemonstrantInnen an den Protesten.

Nordrhein-Westfalen

Im einwohnerstärksten Bundesland blieben die meisten Aufzüge der extremen Rechten am 1. Mai personell betrachtet sehr übersichtlich. War der Aufmarsch der Minipartei »Die Rechte« (DR) durch ein sehr militantes Auftreten geprägt, verstärkten andere Versammlungen das Bild von Parteiverbänden, die an Bedeutung verlieren. Den Anfang machte die NPD in Mönchengladbach unter dem Motto »Wir arbeiten, Fremde kassieren! Asylbetrug macht uns arm!« In Spitzenzeiten waren rund 150 TeilnehmerInnen vor Ort, darunter auch VertreterInnen der »Hooligans gegen Salafisten«, vereinzelte »PEGIDA«-Fans sowie Neonazis aus dem DR-Umfeld um den Multifunktionär Sascha Krolzig. Als Redner fungierten unter anderem der NPD-Bundesorganisationsleiter Sebastian Schmidtke aus Berlin sowie NRW-Landeschef Claus Cremer. Wegen einer Blockade durch GegendemonstrantInnen wendete die NPD nach einer Zwischenkundgebung. Die Polizei leitete den Aufmarsch zurück zum Ausgangspunkt. Militanter traten Neonazis bei einem Aufmarsch der »Die Rechte« (DR) in Essen auf. Durch die Anmeldung mehrerer Aufmärsche und Spekulationen über mögliche weitere DR-Aufmärsche oder gar Städtetouren war lange unklar geblieben, wo die Partei letztlich auftreten wollte. Schon auf der Anreise war es in Essen, Dortmund und Köln zu Auseinandersetzung zwischen Neonazis und GegendemonstrantInnen sowie PassantInnen gekommen. Am Abend versammelten sich 350 Neonazis unter dem Motto »Einwanderung bedeutet Sozialabbau«, um von Essen-Kray nach Gelsenkirchen zu marschieren. Durch eine erfolgreiche Blockade von mehreren hundert GegendemonstrantInnen nahe der Stadtgrenze musste der Tross jedoch wieder nach Essen umkehren. In aggressiver Stimmung folgte dort in der Innenstadt am späten Abend eine Art Spontandemo von angeblich bis zu 200 Neonazis. PolizistInnen stoppten und kontrollierten daraufhin cirka 100 Personen und erteilten Platzverweise. »Pro NRW« hielt mit jeweils knapp über 20 statt der angekündigten 100 TeilnehmerInnen Kundgebungen in Oberhausen und Mühlheim/Ruhr ab. Ideologisch eher losgekoppelt vom Tag der Arbeit waren die Kundgebungen Teil einer »Frühjahrsoffensive« mit geplanten Folgeauftritten in anderen Städten, die sich gegen »Asylmissbrauch« richten soll. Die Reden wurden von Parteichef Markus Beisicht, dessen Vize Dominik Roeseler, Generalsekretär Tony-Xaver Fiedler sowie dem Gelsenkirchener Fraktionschef Kevin Hauer gehalten. Ein ähnliches Bild lieferten die »Republikaner« in Duisburg ab, die sich derzeit mithilfe ehemaliger »Pro Deutschland«- und »Pro NRW«-Mitglieder um- und neu strukturieren. Als Motto wurde die Losung verbreitet: »Massenhafte Einwanderung und ihre Folgen für unsere Stadt.« Als Redner fungierten bei den rund 20 TeilnehmerInnen unter anderem der Landeschef André Maniera, der Duisburger Ratsmann Mario Malonn sowie der Landeschef der Partei »Die Freiheit«, Ferdinand Gerlach.

Worms

Weil über 400 AntifaschistInnen die Route blockiert hatten, endete der Aufmarsch in Worms bereits nach wenigen hundert Metern. Die Neonazis mussten umdrehen, ihnen blieb nur eine stationäre Kundgebung. 150 Neonazis - überwiegend aus dem NPD-Umfeld aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und dem Saarland – reisten zu der Versammlung des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der NPD an. Unter ihnen war auch der Parteivorsitzende Frank Franz. Neben ihm sprachen die Versammlungsleiterin Ricarda Riefling, Markus Walter und Safet Babic (NPD-Landesvorstandsmitglieder in Rheinland-Pfalz), Jan Jaeschke (NPD Rhein-Neckar), Detlef Walter (NPD Trier), Markus Mang (NPD Saar-West), Michael Weick, Karl-Heinz Pfirrmann und Christian Hehl (alle NPD Rheinhessen-Pfalz), der Wormser Manuel Zink und André Presser (Heimatschutz Donnersberg). Eigentlich wollten die Neonazis im Wormser »Väddel« eine Zwischenkundgebung abhalten, weil dort Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Nach dem Ende der Versammlung machten sich noch einige Neonazis auf den Weg ins »Väddel«.

Berlin

In Hohenschönhausen versammelten sich 50 Neonazis zu einer Kundgebung der NPD, die unter anderem unter dem Motto »Asylbetrug macht uns arm« stand. Ihnen gegenüber standen 1.000 GegendemonstrantInnen. Nach dem Ende der Kundgebung zogen die Rechten nach Marzahn zu ihrer zweiten Kundgebung. Dort standen ihnen 400 GegendemonstrantInnen gegenüber.

Brauner Maianfang in Thüringen

Die Neonazi-Aktivitäten in Thüringen am ersten Maiwochenende zeigen das aktionistische und flexible Potenzial der extremen Rechten im Freistaat. Seit Beginn dieses Jahres haben Neonazis die Schlagzahl ihrer Aktivitäten landesweit drastisch erhöht.

von Kai Budler



^ *1. Mai-Aufmarsch in Erfurt*

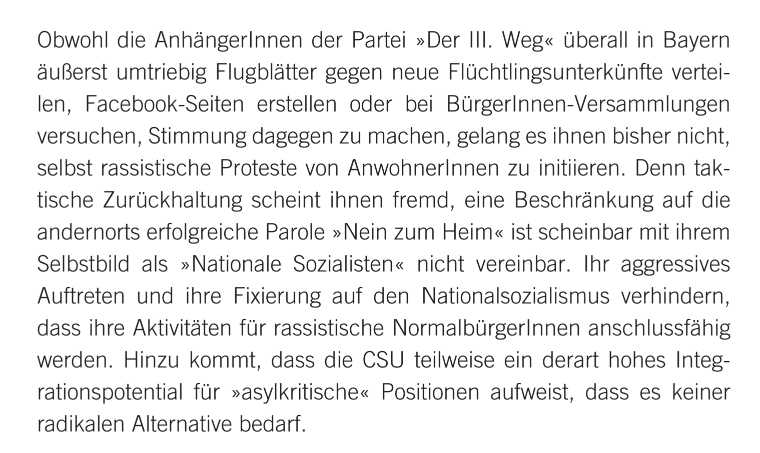
Nach Anmeldungen der NPD und der Splitterpartei »Der III. Weg« in Thüringen marschierten am 1. Mai 900 Neonazis in Erfurt und Saalfeld auf. Bereits am Vormittag verletzten 40 Neonazis drei Personen bei einem Angriff auf die DGB-Kundgebung in Weimar. Der Aufzug von »Der III. Weg« im südöstlichen Thüringen entwickelte sich mit etwa 700 TeilnehmerInnen zum bundesweit größten Aufmarsch an diesem Tag, bei dem es zu gewalttätigen Übergriffen mit mehreren teils Schwerverletzten kam. Nur einen Tag später nahmen etwa 200 rechte Hooligans und Neonazis bei einem Aufmarsch der Gruppierung »Gemeinsam stark Deutschland« (GSD) in Erfurt teil, auch hier kam es zu körperlichen Bedrohungen und Angriffen auf JournalistInnen. Die Vorkommnisse sagen eine Menge über die Thüringer Neonazi-Szene und den Umgang mit ihr aus. In der Landeshauptstadt wurde den rechten Hooligans und Neonazis das erste Mal nach den »HOGESA«-Ausschreitungen in Köln ohne weiteres ein Aufmarsch genehmigt; die Ereignisse in Saalfeld kommentierte der Innenminister mit den Worten »Das ist nicht optimal gelaufen, das ist klar«, sicherte aber »die umfängliche Aufklärung des Einsatzgeschehens insbesondere in Saalfeld zu«. Beim NPD-Aufmarsch in Erfurt wollen PolizistInnen mindestens einen Hitlergruß nicht gesehen haben, den GegendemonstrantInnen dokumentiert haben. Angesichts dieser Lage mutet die Aussage des Innenministers, die Zivilgesellschaft dürfe sich durch solche Vorfälle nicht einschüchtern lassen, wie Hohn an, denn die Widersprüche zwischen dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag und dem polizeilichen Vorgehen sind unübersehbar. Nicht erst nach dem ersten Maiwochenende haben viele GegendemonstrantInnen den Eindruck, die Einsatzstrategie der dem Innenministerium unterstellten Polizei orientiere sich nach wie vor an der Extremismustheorie: Der Feind steht nach wie vor links. Stattdessen müsse der Schutz von GegendemonstrantInnen und Allgemeinheit in den Fokus genommen werden, erklärt die »Mobile Beratung in Thüringen« (Mobit). Das Vorgehen von Versammlungsbehörden und Polizei wirke dem gewünschten Erstarken einer aktiven Zivilgesellschaft entgegen, meint Mobit und erwartet von den Verantwortlichen, sie müssten »das aktuelle Aggressionspotential bei rechten Veranstaltungen ernster nehmen«. Dass ausgerechnet der Freistaat zu einem beliebten Tummelplatz von Neonazis wird, hängt neben dem staatlichen Umgang auch mit dem Aktionismus der extrem rechten Szene in Thüringen zusammen, die ihre Aktivitäten trotz interner Differenzen drastisch gesteigert hat. Besonders der im Januar zum Landesorganisationsleiter der NPD gewählte David Köckert versucht, Neonazis durch einen verstärkten Aktionismus an die Partei zu binden. Im Februar 2014 war Köckert von der »Alternative für Deutschland« (AfD) zur NPD übergetreten, rund drei Monate später errang der gelernte Maurer für die NPD Mandate im Kreistag und im Greizer Stadtrat. Köckert machte bereits Anfang 2014 mit seiner rassistischen »Bürgerinitiative gegen ein Asylheim in Greiz« Stimmung gegen Flüchtlinge. In Kooperation mit weiteren Neonazis setzt er diese Hetze unter dem Label »Südthüringen/Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes« (SÜGIDA beziehungsweise THÜGIDA) mit wöchentlichen Aufmärschen in wechselnden Orten fort. Zu den Organisatoren gehört auch der ehemalige NPD-Funktionär Tommy Frenck, der für das extrem rechte »Bündnis Zukunft Hildburghausen« im Kreistag Hildburghausen sitzt. Knapp zehn Kilometer von seinem Wohnort entfernt hatte Frenck erst Ende des vergangenen Jahres einen Gasthof erworben, den er nun als Ort für Veranstaltungen und Konzerte nutzt. Die Immobilie ist ein Teil der Infrastruktur der extrem rechten Szene in Thüringen, die auf Häuser, eigene Zeitungen und Versande zurückgreifen kann. Als Konsequenz wächst die Zahl der Konzerte und Veranstaltungen, die Neonazis über die Landesgrenze hinaus anlocken und sie trotz interner Grabenkämpfe verbindet. Von den anfangs bis zu 1.000 TeilnehmerInnen der SÜGIDA- und THÜGIDA-Aufmärsche beflügelt, eint die Neonazis der verschiedenen Lager der ihnen eigene Rassismus und die Hetze gegen Flüchtlinge. Trotz interner Differenzen sitzen auf dem Lautsprecherwagen der THÜGIDA-Demonstrationen in trauter Eintracht Köckert, Vertreter der Splitterpartei »Der III. Weg« und des Holocaustleugner-Netzwerks »Europäische Aktion« nebeneinander. Es ist diese neonazistische Mischung mit Event-Charakter und gefestigter Infrastruktur, die der extrem rechten Szene in Thüringen zu einem bis vor kurzem nicht vorhandenen Aktionismus verhilft. Er muss sich gar nicht erst als »Angst besorgter Bürger« tarnen, um eine rassistische Stimmungsmache zu schüren. Dass diese vermehrten Aktivitäten von Neonazis militante Konsequenzen haben, zeigt die Statistik der Opferberatung »ezra«, die 2014 einen Anstieg der rechten Gewalttaten um 30 Prozent im Vorjahresvergleich registrierte und 106 Opfer rechter Gewalt zählte. Besonders besorgt betrachtet die Projektleiterin Christina Büttner die Zunahme rassistisch motivierter Angriffe seit dem Sommer 2013. Allein im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im Freistaat im Vergleich zu 2013 verdreifacht. Büttner konstatiert: »Mit öffentlich ausgetragenen Ressentiments gegen Asylsuchende sinkt offenbar auch die Hemmschwelle für rassistische Gewalt«.

Rassistische Dienstleister



Die Neonazi-Partei »Der III. Weg« hat eine Karte mit fast 2.000 Adressen von Flüchtlingsunterkünften und einen Ratgeber, um dagegen aktiv zu werden, veröffentlicht.

von Jan Nowak



Obwohl die AnhängerInnen der Partei »Der III. Weg« überall in Bayern äußerst umtriebig Flugblätter gegen neue Flüchtlingsunterkünfte verteilen, Facebook-Seiten erstellen oder bei BürgerInnen-Versammlungen versuchen, Stimmung dagegen zu machen, gelang es ihnen bisher nicht, selbst rassistische Proteste von AnwohnerInnen zu initiieren. Denn taktische Zurückhaltung scheint ihnen fremd, eine Beschränkung auf die andernorts erfolgreiche Parole »Nein zum Heim« ist scheinbar mit ihrem Selbstbild als »Nationale Sozialisten« nicht vereinbar. Ihr aggressives Auftreten und ihre Fixierung auf den Nationalsozialismus verhindern, dass ihre Aktivitäten für rassistische NormalbürgerInnen anschlussfähig werden. Hinzu kommt, dass die CSU teilweise ein derart hohes Integrationspotential für »asylkritische« Positionen aufweist, dass es keiner radikalen Alternative bedarf.

Zielmarkierung

Der Kern der Anfang Januar 2015 von der Partei »Der III. Weg« gestarteten Kampagne »Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!« ist eine Karte bei »Google Maps« mit zwischenzeitlich annähernd 2.000 Adressen von Flüchtlingsunterkünften quer durch die Bundesrepublik – von Sylt bis Garmisch-Partenkirchen und Aachen bis Görlitz. Darunter befinden sich Einrichtungen jeglicher Größe, von kleinen Wohngruppen für



unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bis zu den Erstaufnahmestellen der Länder. Das genaue Zustandekommen des zugrunde liegenden Datensatzes ist unklar, die Größe lässt jedoch erheblichen Aufwand vermuten. Wenngleich die Neonazi-Partei auf ihrer Homepage mit Aufforderungen zur Mitarbeit (»Bitte teilen Sie uns weitere Asylantenheime (...) im Format: Ort, Straße + Hausnummer, Bemerkung zur Erweiterung dieser Karte mit«) den Anschein eines Crowdsourcing-Projektes vermittelt, deutet einiges auf ein in weiten Teilen redaktionelles Projekt der Partei »Der III. Weg« hin. Dafür spricht, dass ein Großteil der Daten bereits von Beginn an verfügbar war und eine Häufung von Adressen in Regionen mit Strukturen der Partei erkennbar ist.

Einen Hinweis auf die mögliche Arbeitsweise des Projektes lieferte Walter Strohmeier, »Stützpunktleiter Ostbayern« der Partei, als er sich im Oktober 2014 als Journalist ausgab und bei verschiedenen ostbayerischen Kommunen um »eine Auflistung der Flüchtlingsheime« bat. In der Karte finden sich schließlich auffällig viele zu einem frühen Zeitpunkt en bloc erfasste Unterkünfte aus dieser Region. Erhebliche Unterschiede hinsichtlich Umfang, Qualität und Terminologie legen jedoch den Schluss nahe, dass die Daten von verschiedenen Personen aus vielfältigen Quellen zusammengetragen wurden. Die Effekte der Karte dürften vielfältig sein. Zum einen wirkt sie propagandistisch. Durch die Größe der Markierungen entsteht der Eindruck, ganz Deutschland wäre mit Flüchtlingsunterkünften übersät. Da die Karte mitsamt der Aufforderung zur Mitarbeit via Facebook zudem Verbreitung über die eigene Szene hinaus findet, könnten im Sinne eines Mitmachprojektes neue Personengruppen aktiviert und mit der organisierten Rechten in Kontakt kommen. Und schließlich wirkt das Projekt als Drohung, verdeutlicht es doch, dass Neonazis potentielle Ziele vor Augen haben. Die tatsächliche Wirkung wird schwer festzustellen sein. Ob beispielsweise eine Serie von Hakenkreuzschmierereien gegen mehrere verzeichnete Unterkünfte im oberfränkischen Hof durch die Kampagne motiviert wurde, wird mindestens so lange unklar bleiben, bis die TäterInnen ermittelt sind.

Know-How-Transfer

Flankierend zur Karte erschien ein Leitfaden mit dem Titel »Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft«. Darin gibt die Neonazi-Partei auf 23 Seiten ihr organisatorisches und juristisches Wissen weiter. Der bemüht sachliche Stil lässt rassistische NormalbürgerInnen als Zielgruppe vermuten. Die Tipps zur Gründung einer BürgerInnen-Initiative, Einrichtung einer Facebook-Seite, Besuch einer BürgerInnenversammlung oder Organisation einer Demonstration wirken praxisnah. So wird beispielsweise empfohlen, die »Gründungsversammlung nicht auf einen spannenden Fernsehtermin (z. B. Länderspiel!)« zu legen, bei Facebook auf Urheberrechte zu achten oder eine presserechtlich verantwortliche Person auf Flugblättern zu nennen. Zudem finden sich Vordrucke für Versammlungsanmeldungen, Widersprüche gegen Baugenehmigungen sowie juristische Tipps und eine Urteilssammlung. Wenngleich die Umsetzung des Ratgebers nicht komplett stringent erscheint, ist anzunehmen, dass organisatorisch unerfahrenen, aber aktionswilligen AnwohnerInnen damit geholfen ist.

Auffällig ist, dass der Ratgeber außer einem Logo und den Kontaktdaten der Neonazi-Partei »Der III. Weg« weitgehend ohne direkte Werbung auskommt. Auch gibt es keine Bezugnahme auf Aktionen der Partei oder die Organisation selbst. Stattdessen werden Vernetzungsangebote gemacht, für den Flugblattdruck der »Tradition & Moderne Vertrieb« des dem im Juli 2014 verbotenen »Freien Netz Süd« nahestehenden Aktivisten Stefan Friedman empfohlen oder die Vermittlung von »sachkundigen Anwälten« angeboten. Die Kombination aus Karte und Leitfaden ermöglicht rassistischen NormalbürgerInnen, das Wissen der Partei »Der III. Weg« zu nutzen, ohne selbst in den Ruch des Neonazismus zu kommen. Es bleibt abzuwarten, wie lange sich die Neonazi-Partei mit dem Motto »Lieber ohne uns, als gar nicht« arrangieren will. Organisationsinteressen könnten zu einem schnellen Ende der Zurückhaltung führen, genau davon scheint der Erfolg des Konzeptes jedoch abhängig.

Rückwärts in die Zukunft

Jahrelang war die Band »Kategorie C« darum bemüht, sich von ihren RechtsRock-Wurzeln loszusagen, um sich als unpolitische Hooligans im Mainstream zu etablieren. Das vergangene Jahr zeigte jedoch: In neuer Besetzung kehrt sie offenbar wieder zu ihren Wurzeln zurück.

von Fred Osterloh und Stefan Schneider

Dem Aufruf zur Demonstration der »Hooligans gegen Salafisten« (HOGESA) am 26. Oktober 2014 in Köln folgten etwa 4.800 Personen, darunter hunderte organisierte Neonazis. Zur musikalischen Unterhaltung trat »Kategorie C« (KC) im Rahmen der Demonstration auf. Durch ihren gleichnamigen Song, der bei Youtube seit November über 300.000 Mal abgerufen wurde, lieferte KC den Soundtrack zu den Krawallen und avancierte zum Zugpferd für rechte Hooligans und Neonazis. Anknüpfend an



^ *Merchandise-Stand von KC am 26. Oktober 2014 in Köln*

den Erfolg von Köln war KC auch für die HOGESA-Kundgebungen am 15. November 2014 in Hannover und am 8. Februar 2015 in Ludwigshafen vorgesehen. Beide Konzerte fanden jedoch aufgrund behördlicher Auflagen nicht statt. Während die HOGESA-Aktivitäten nach internen Streitigkeiten stetig nachgelassen haben (s. drr Nr. 152), versucht KC aus ihrem Auftritt in Köln finanziellen Profit zu schlagen. Im ohnehin sehr umfangreichen Fan-Sortiment der Band finden sich, neben Dutzenden Bekleidungsstücken, KC-Stramplern und einer Smartphone-App neuerdings auch HOGESA- und »Anti-Sharia-Team«-Shirts.

Des Erfolgswillens wegen: der Versuch einer Entpolitisierung

1997 als Spaßprojekt rechter Hooligans gegründet, stand nach gut zehnjähriger Bandgeschichte ein nennenswerter Erfolg zu Buche: 25.000 EUR soll die Firma der Band, »KC Music Limited«, im Jahr 2008 monatlich umgesetzt haben. Seitdem war KC darum bemüht, sich als unpolitische Hooligan-Band zu verkaufen. Doch das Neonazi-Image wurde KC nicht los. Zu tief schien die Gruppe um Sänger Hannes Ostendorf – Frontmann der 1980 gegründeten »Blood & Honour«-Band »Nahkampf« – in der Szene verwurzelt. Noch im Oktober 2006 trat KC auf einer NPD-Demonstration für die Freilassung des »Landser«-Sängers Michael Regener auf. Und in ihrem Song »Deutschland dein Trikot« hatte sie sich im Vorfeld der Fußball-WM 2006 eindeutig rassistisch geäußert. Auch das Publikum ist bei Live-Auftritten seit jeher von Neonazis geprägt. Während antifaschistische Kampagnen dies immer wieder problematisierten, folgten viele Behörden der unpolitischen Selbstzuschreibung der Band. Die Erwähnung von KC im Bremer Verfassungsschutzbericht 2010 war eine von wenigen Ausnahmen.

Eine Neubesetzung mit offener Kehrtwende

Infolge interner Auseinandersetzungen über die weitere Ausrichtung verließen Rainer Friedrichs und Magnus Ahlgrim Ende 2012 die Band. Mit den Cousins Florian und Julian Keil sowie Marcel Achtstätter fand sich allerdings schnell Ersatz. Mit ihrer Gruppe »Hausverbot« war das Trio aus dem südhessischen Odenwald schon mehrfach als Vorband von KC aufgetreten – beispielsweise im Dezember 2012 in den Niederlanden, im Rahmen eines Solidaritätskonzerts für die Mitglieder des vor Gericht stehenden »Aktionsbüro Mittelrhein«. Der gemeinsame Weg wurde mit der neuen Besetzung schnell deutlich: Nachdem KC im März 2013 auf einem »Rock against Communism«-Konzert der »Veneto Fronte Skinheads« im norditalienischen Bolzano spielte, folgte im Juni 2014, auf Einladung des südfranzösischen »Blood & Honour«-Ablegers »Hexagone«, ein Auftritt in Lyon. Im Oktober 2014 trat KC dann gemeinsam mit den RechtsRock-Urgesteinen von »Brutal Attack« aus Großbritannien auf Einladung der slowakischen »Blood & Honour«-Gruppe »Crew 28 Slovenia« in einem mit einer Hakenkreuzfahne verzierten Konzertsaal auf. Auch bei den Auftritten legte KC deutlich zu: Mit 21 Konzertankündigungen 2014, gehört KC zu den aktivsten Bands des deutschen RechtsRocks.

Aktivitäten und behördlicher Wandel in Hessen

Die Neubesetzung der Band hatte auch Folgen für eine Schwerpunktregion der extremen Rechten in Hessen: Vor allem im Raum Michelstadt (Odenwald), wo die Band zeitweise ihren Proberaum hatte, fanden regelmäßige Partys des subkulturellen extrem rechten Spektrums statt. Zwei Auftrittsversuche der Band im Februar 2013 im südhessischen Ort Fürth sowie im Februar 2014 in Michelstadt wurden von den Behörden untersagt. Michelstadts Bürgermeister zufolge sollen die neuen Bandmitglieder »bei der Polizei mit ihrer rechtsradikalen Gesinnung aktenkundig« sein. Um »richtige Nazis« handle es sich jedoch nicht. Eine verharmlosende Fehleinschätzung, wie sie in Hessen lange Zeit vorgenommen wurde. Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen hatte die Band nach einem Auftritt in Brandoberndorf 2010 gar vom RechtsRock-Vorwurf entlastet: »Es darf jeder zu einem Konzert von Kategorie C gehen«, so Roland Johne, Dezernatsleiter der Abteilung »Rechtsextremismus«. Erst in Folge der Auftrittsverbote wurde KC erstmals im hessischen Verfassungsschutzbericht 2013 erwähnt.

Zurück zu den Wurzeln

Als am 24. Mai 2014 das vom bayerischen NPD-Funktionär Patrick Schröder organisierte »Live H8«-Festival im mittelfränkischen Scheinfeld stattfinden sollte, wurden Ostendorf und Crew, samt Equipment, von der Polizei kontrolliert. Doch KC war für das Konzert anlässlich des »NPD-Bayerntags« gar nicht angekündigt, hingegen aber »Nahkampf«. Das Konzert wurde letztlich ganz verboten. Am 23. August 2014 konnte »Nahkampf« schließlich im Rahmen einer Kundgebung des NPD-nahen »Bündnis Zukunft Hildburghausen« im thüringischen Hildburghausen auftreten. Damit und durch ihre öffentliche Kumpanei mit den HOGESA-Protesten hat sich KC wohl endgültig von der unpolitischen Selbstinszenierung verabschiedet. Stattdessen orientiert sie sich an den einstigen Wurzeln.

Kein Ende der Geschichte

Das Gedenken an den Nationalsozialismus hat keinen »natürlichen« Schlusspunkt.

von Barbara Manthe



< Janusz Kahl – Überlebender des KZ Neuengamme 2015

Man konnte die Aufregung in der deutschen Medienlandschaft deutlich spüren: Das »V-Wort« war nicht nur erschaffen, es war auch ausgesprochen – durch Bundespräsident Joachim Gauck. Denn das deutsche Staatsoberhaupt sprach in seiner Rede für die Opfer der türkischen Massaker an den ArmenierInnen während des Ersten Weltkriegs am 23. April in Berlin von Völkermord. Der Gedenktag war von einer politischen Auseinandersetzung um die Verwendung des Begriffs begleitet worden.
»V-Wort«, das klingt, als handle es sich hier um ein Tabu, um etwas Unaussprechbares. Und tatsächlich, Gauck sprach ein Thema an, das die deutsche Politik lange Zeit verschwiegen und tabuisiert hatte. Er räumte gar eine Mitschuld der Deutschen an dem Völkermord ein. Die Verwendung des »V-Worts« war freilich ein wohlkalkulierter Tabubruch. Dass der Präsident auch zu anderen Tönen in der Lage ist, bewies er am 1. September 2014, dem 75. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen: Er thematisierte damals zwar »Aggressoren«, völkerrechtswidrige Annexionen und kriegerische Auseinandersetzungen um eine »neue Ordnung«. Der Bundespräsident meinte damit aber nicht das Wüten des NS-Regimes gegen seine europäischen Nachbarn, sondern er sprach vom gegenwärtigen Russland.

Felder der Auseinandersetzung

2015 jähren sich die Befreiung von Auschwitz und das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 70. Mal. Dass Täter und Opfer des Nationalsozialismus noch leben, wird dieses Gedenkjahr von kommenden unterscheiden. Große Gedenkfeiern, an denen Holocaust-Überlebende teilnahmen, fanden an unterschiedlichen Stätten, etwa in den ehemaligen Konzentrationslagern statt.
Jahrestage, insbesondere runde wie 2015, deuten immer auch Zäsuren an – die Zäsur 1945 wurde in der Vergangenheit gern bemüht, um Kontinuitätslinien zu überdecken. Dennoch, und das macht die Ambivalenz von Jahrestagen aus, sind sie auch Marksteine der Erinnerung für die Überlebenden, die sie zusammenbringen und bei denen sie Gehör finden.
Die NS-Zeit erhält aber auch immer wieder tagesaktuelle Brisanz, wie die neuerlichen Diskussionen um die griechischen Reparationsforderungen deutlich gemacht haben.

Der Erste Weltkrieg als Brennpunktthema

Ähnliche Debatten waren vergangenes Jahr, als der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 100 Jahre zurück lag, kaum denkbar, und doch trennen nur 15 Jahre das Ende des Ersten Weltkriegs und die nationalsozialistische Machtübernahme im Jahr 1933. Dabei darf nicht vergessen werden, dass in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus der Verlauf und vor allem der Ausgang des Ersten Weltkriegs zentrale politische Narrative waren: Die Glorifizierung der deutschen Armee und die Agitation gegen die »Novemberverbrecher« von 1918 gehörten zum Standardrepertoire der NSDAP-Propaganda. Die sozioökonomische Dimension des Krieges wiederum zeigte sich etwa in der Frage, wie mit den zahllosen Kriegsveteranen umzugehen sei. Erinnerungspolitisch entwickelte sich eine nationalistisch untermalte Gedenkkultur, die sich in zahlreichen Kriegerdenkmälern niederschlug.

Kein stillheimliches Abklingen

Der Zweite Weltkrieg überdeckte die Erinnerung an den Ersten – nicht nur in der nach Kriegsende allgegenwärtigen Erzählung vom Bombenkrieg, sondern auch, als sich Ende der 1950er Jahre in der deutschen Gesellschaft die Bereitschaft zeigte, derjenigen zu gedenken, die zwischen 1933 und 1945 verfolgt und ermordet wurden. Anders als im Nachbarland Frankreich, wo dem Ersten Weltkrieg, »La Grande Guerre«, größere Bedeutung zukommt, sind es in Deutschland nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen die Verbrechen des Nationalsozialismus, derer erinnert wird.
Sicherlich ist es vor allem den Überlebenden und ihren Angehörigen, aber auch den Gedenkstätten, kritischen HistorikerInnen und Engagierten vor Ort zu verdanken, dass das Gedenken an die NS-Verbrechen nicht stillheimlich abklingt. Anfang der 1990er Jahre wollten neue gesellschaftspolitische Interpretationsversuche glaubhaft machen, dass mit dem »Ende der Geschichte« auch ein Neuanfang des Erinnerns möglich sei. Doch mit dem Fall des Ostblocks öffneten sich auch die osteuropäischen Archive, die eine Fülle an neuen Informationen boten, besonders über die Besatzungsherrschaft der Deutschen in Europa, so dass Forschung und Debatte über den Nationalsozialismus noch einmal an Dynamik gewannen.

Vergessene Opfer

Es wird sich zeigen, ob Gedenken zwangsläufig enden muss, wenn die Opfer nicht mehr am Leben sind. Umgekehrt ist der traurige Beleg schon lange erbracht, dass das Überleben von NS-Verbrechen nicht zugleich eine öffentliche Erinnerung an diese Verbrechen garantiert. Das zeigt das jahrzehntelange Ignorieren der Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma. Gedenken mündet also nicht irgendwann in einen ‹Endpunkt›, wenn das Ereignis nur lange genug verstrichen ist, sondern dieser Schlusspunkt wird von außen gesetzt und ist somit verhandelbar.
So positiv es zu bewerten ist, dass Gauck mit seiner Armenien-Rede ein jahrzehntelanges Schweigen brach: Es existieren noch viele Wunden der deutschen Geschichte, in die bisher kein Staatsoberhaupt seine Finger gelegt hat. Die Verfolgung sogenannter »Asozialer« – worunter die Nazis eine große heterogene Gruppe, etwa Prostituierte, Wohnungslose oder Alkoholkranke, fassten – ist bislang kein Thema offizieller Gedenkpolitik. Sie soll es wohl auch nicht sein. So verwies die Bundesregierung im Jahr 2008 auf eine Anfrage von Bundestagsabgeordneten der »Die Linke« nach Möglichkeiten des Gedenkens für als »asozial« Verfolgte auf die Denkmäler für Homosexuelle sowie für Sinti und Roma. Für den Rest der weitaus umfangreicheren Opfergruppe hieß es lapidar: »Weitere Initiativen sind nicht geplant«.

Zwischen »Belastung« und »Staatsraison«

Die Geschichte der NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik ist keine »Erfolgsstory«.

von Michael Sturm

Kurz bevor sich der Bayerische Landtag im Juli 1955 in die Sommerpause verabschiedete, sorgte der Abgeordnete Heinrich Junker (CSU) für einen Eklat. In einem Antrag hatte er den Abriss des Krematoriums auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau gefordert. Der spätere bayerische Innenminister begründete seine Initiative mit der Absicht, der angeblich verbreiteten »Propaganda« entgegentreten zu wollen, der zufolge in dem Gebäude Häftlinge »vergast oder lebendig verbrannt« worden seien.

Randständiges Gedenken

Der Antrag löste einen internationalen Proteststurm aus, den nicht zuletzt überlebende Opfer des Nationalsozialismus und deren Angehörige trugen. Nur wenige Wochen später machte Junker einen Rückzieher. Das Krematorium blieb als bauliches Symbol der präzedenzlosen Verbrechen des NS-Regimes erhalten. Die heftigen Reaktionen dürften jedoch nicht nur Heinrich Junker überrascht haben. Schließlich entsprach der Vorstoß des Dachauer Landrats dem erinnerungskulturellen Zeitgeist der 1950er Jahre, der von Schuldabwehr und einer unverkennbaren Schlussstrichmentalität gekennzeichnet war. Bereits zwei Jahre zuvor waren eine im September 1950 in den Räumlichkeiten des Krematoriums eröffnete Ausstellung über das KZ Dachau ebenso beseitigt worden wie sämtliche Hinweisschilder, die auf die provisorische Gedenkstätte aufmerksam machten.

Ein ähnlicher Umgang mit den Relikten nationalsozialistischer Verfolgung ließ sich auch an zahllosen anderen Orten beobachten. Der Hamburger Senat etwa hatte 1948 keinerlei Bedenken, auf dem Gelände des vormaligen Konzentrationslagers Neuengamme eine Justizvollzugsanstalt zu eröffnen. In Flossenbürg wiederum wurden während der 1950er Jahre große Teile des ehemaligen Konzentrationslagers mit Einfamilienhäusern überbaut. Das Gedenken an die NS-Verbrechen blieb in der frühen Bundesrepublik sowohl gesellschaftlich als auch topografisch im wörtlichen Sinne »randständig«.

Erinnerung als »vollbrachte Leistung«?

Umso erstaunlicher erscheint es daher, dass sich in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten eine breite erinnerungskulturelle Landschaft aus Gedenkstätten, zeithistorischen Museen und Lernorten zu unterschiedlichen Aspekten des Nationalsozialismus entwickeln konnte. Die Beobachtung, dass das rituelle Bekenntnis zu den Verbrechen des Nationalsozialismus mittlerweile gleichsam zur Staatsraison der Berliner Republik zählt, kann jedoch keineswegs als Beleg für eine erinnerungskulturelle »Erfolgsstory« gelten. Die Kunsthistorikerin Stefanie Endlich macht etwa darauf aufmerksam, dass »mit der Etablierung der NS-Gedenkstätten« die Gefahr bestehe, dass »Erinnerung immer mehr als ‹vollbrachte Leistung› und damit immer weniger als gegenwartsbezogene kritische Auseinandersetzung begriffen wird.« Der Blick auf die Geschichte der NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik verdeutlicht zudem, dass für erinnerungskulturelle Selbstzufriedenheit kein Anlass besteht, denn allzu oft waren die Auseinandersetzungen um die Einrichtung von Gedenk- und Erinnerungsorten von erneuter Marginalisierung und Missachtung der überlebenden als auch der ermordeten NS-Opfer geprägt.

Gedenkversuche im Schatten des Kalten Krieges

Bemühungen, Gedächtnisorte zu schaffen und Erinnerungszeichen zu setzen, hatte es durchaus schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegeben. Diese gingen meist von den überlebenden Opfern und deren Angehörigen selbst aus, die häufig mit Unterstützung der alliierten Militärverwaltungen provisorische Mahnmale und Friedhofsanlagen errichteten. Im ostwestfälischen Stukenbrock weihten ehemalige Häftlinge des Kriegsgefangenenlagers Stalag 326, in dem Tausende Internierte unter Verantwortung der Wehrmacht gestorben waren, bereits am 2. Mai 1945 einen Ehrenfriedhof für die zu Tode gekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen ein. Errichtet wurde zudem ein zehn Meter hoher Obelisk, dessen obere Hälfte drei rote Sterne sowie eine rote Fahne schmückten.

Vor dem Hintergrund der sich seit dem Ende der 1940er Jahre zuspitzenden Blockkonfrontation, wurden derartige Denkmalssetzungen jedoch vielfach umgewidmet oder gänzlich beseitigt. Das nordrhein-westfälische Innenministerium ließ etwa Mitte der 1950er Jahre die rote Flagge vom Obelisken in Stukenbrock entfernen. Auch NS-Opferverbände, vor allem die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN), gerieten aufgrund ihrer vermeintlich kommunistischen Ausrichtung in den Fokus der Behörden. Als der Hamburger Senat beispielsweise im Oktober 1953 eine kleine Gedenksäule für die Opfer des KZ Neuengamme einweihte, hatte man die 1948 gegründete »Lagergemeinschaft Neuengamme« gar nicht erst zu der Veranstaltung eingeladen. Der Landesverband der VVN war bereits im Jahr 1951 verboten worden.

Neben dem Antikommunismus als Basisideologie der frühen Bundesrepublik, prägten aber auch Opfermythen, die vorwiegend um den Luftkrieg, Flucht und Vertreibung sowie das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen kreisten, die Erinnerungskultur der 1950er Jahre. Die Denkmalssetzungen sowie die offizielle erinnerungskulturelle Rhetorik jener Jahre waren von sprachlichen Abstraktionen gekennzeichnet, die in der allenthalben genutzten Formel »Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« zum Ausdruck kamen. Die Kausalitäten und Dimensionen der NS-Vernichtungspolitik blieben dabei unerwähnt.

Kämpfe um die Erinnerung

Doch der vielfach herbeigesehnte und von PolitikerInnen wie Heinrich Junker aktiv forcierte Schlussstrich blieb letztendlich aus. Dies war zum einen dem Engagement der Internationalen Lagergemeinschaften zu verdanken. Zum anderen zeichneten sich seit dem Ende der 1950er Jahre Konturen einer kritischen Zivilgesellschaft ab, deren ProtagonistInnen, angesichts der in vielfacher Hinsicht »unbewältigten Vergangenheit«, personelle Kontinuitätslinien zwischen dem »Dritten Reich« und der jungen Bundesrepublik ebenso skandalisierten wie die fast zum Erliegen gekommene juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Auswirkungen auf eine verstärkte Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus hatte auch die signifikante Zunahme extrem rechter Aktivitäten, die in den Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge an Weihnachten 1959 ihren spektakulärsten Ausdruck fanden.

Die daraufhin intensiv geführten Debatten um die Defizite, die Ziele und die Ausrichtung schulischer wie außerschulischer historisch-politischer Bildung über den Nationalsozialismus waren, zusammen mit den Eindrü-



^ *Gedenkstätte KZ Neuengamme – bis Juni 2003 befand sich auf diesem Platz ein Gefängnis der Hansestadt Hamburg*

cken des Eichmann-Prozesses in Jerusalem (1961) und des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963-1965), auch für das Entstehen der Gedenkstätten in Westdeutschland von Bedeutung. Im Mai 1965 eröffnete in Dachau die erste Gedenkstätte in der Bundesrepublik auf dem Gelände eines ehemaligen Konzentrationslagers. Damit war jedoch keineswegs die Entwicklung zu einer ausdifferenzierten Gedenkstättenlandschaft vorgezeichnet. Daran änderte auch die 68er-Bewegung zunächst wenig. Deren ProtagonistInnen skandalisierten zwar die personellen Kontinuitätslinien zum Nationalsozialismus, gleichzeitig traten das Interesse und die Empathie für die Opfer des NS-Regimes häufig zugunsten einer eher abstrakten Beschäftigung mit Faschismustheorien in den Hintergrund.

Wesentliche Impulse gingen hingegen von den, im Kontext der Neuen Sozialen Bewegungen während der 1970er Jahr, entstehenden Geschichtsinitiativen und Geschichtswerkstätten aus. Diese begannen überall in der Bundesrepublik nach dem Motto »Grabe, wo du stehst« zur Geschichte der vergessenen Opfer des Nationalsozialismus zu forschen und deren verschüttete Spuren vor Ort freizulegen. In der Folge entwickelten sich häufig höchst kontroverse Auseinandersetzungen, sahen sich die »BarfußhistorikerInnen« nicht selten mit dem Vorwurf der »Nestbeschmutzung« konfrontiert.

Im südniedersächsischen Moringen etwa führte die im Jahr 1982 maßgeblich von zwei Pastoren angestoßene Initiative, mit einer Gedenktafel an die Opfer des ehemaligen Jugend-KZ zu erinnern, zu einer Unterschriftenkampagne gegen die beiden Geistlichen. Auch der Bürgermeister zeigte sich distanziert, fürchtete er doch, dass Moringen in der Öffentlichkeit als »KZ-Stadt« diskreditiert werden könnte.

Trotz der Widerstände war das beharrliche Engagement der Geschichtsinitiativen an vielen Orten erfolgreich. Obgleich oder gerade weil die 1980er Jahre einen Zeitraum intensiver geschichtspolitischer Kontroversen darstellten, entwickelten sich in diesem Jahrzehnt Konturen einer ausdifferenzierten Gedenkstättenlandschaft zur Geschichte des Nationalsozialismus.

Zwischen Vereinnahmung und Widerborstigkeit

Nur wenige Jahre später schienen indessen die NS-Gedenkstätten, in Folge des Endes der Blockkonfrontation 1989/90 und der deutschen Vereinigung, einen grundlegenden geschichtspolitischen Funktionswandel erfahren zu haben. Der je nach Standpunkt befürchtete oder herbei gesehnte Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit war zwar weiterhin ausgeblieben, nunmehr artikulierte etwa Detlef Garbe, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die Beobachtung, dass »Gedenkstätten inzwischen zum Kanon öffentlicher Pflichten und Aufgaben gehören« würden: »Man bedarf ihrer (…) als Demonstrationsobjekt dafür, dass das ökonomisch und politisch mächtige (…) Deutschland, die Abkehr von jenem Deutschland der Jahre 1933 bis 1945 glaubwürdig vollzogen hat.«

Die Gefahr einer geschichtspolitischen Vereinnahmung ist freilich nur eine der Herausforderungen, mit denen sich die verschiedenen Gedenkstätten, Lern- und Erinnerungsorte zum Nationalsozialismus in jeweils unterschiedlicher Weise konfrontiert sehen. Besonders an Orten mit so genannter »doppelter Vergangenheit«, wie etwa in Buchenwald oder in Sachsenhausen, wo den nationalsozialistischen Konzentrationslagern in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Speziallager der sowjetischen Militäradministration folgten, entzündeten sich immer wieder Auseinandersetzungen um vermeintliche oder tatsächliche totalitarismustheoretisch fundierte Gedenkstättenkonzeptionen. Umstritten ist ebenfalls, welche Bedeutung künftig universalisierenden Ansätzen zukommen wird, die sich an Zugängen einer allgemeinen Menschenrechtspädagogik orientieren und sich dabei vom spezifisch historischen Kontext des Nationalsozialismus lösen. Einerseits könnten diese Zugänge eine Möglichkeit darstellen, die vielfach proklamierte »Gegenwartsorientierung« in der Gedenkstättenarbeit einzulösen, andererseits hat der Historiker Dan Diner in diesem Zusammenhang vor dem »Verfall geschichtlichen Denkens« gewarnt, an dessen Stelle ein »universal drapierter moralisierender Diskurs über unterschiedslose Opferschaft« getreten sei – eine Entwicklung, die wiederum mit der Verbreitung und Resonanz deutscher Opfermythen offiziösen geschichtspolitischen Vereinnahmungsversuchen Vorschub leisten könnte, aber nicht muss. Denn gerade vor dem Hintergrund ihrer dezentralen Entstehungsgeschichte ist die Gedenkstättenlandschaft in der Bundesrepublik kaum auf einen Nenner zu bringen. Allgemein gilt jedoch: Für deren von Günter Morsch, Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, angemahnte »Widerborstigkeit« ist die Verankerung in einer kritischen Zivilgesellschaft unabdingbare Voraussetzung.

Nur rote Winkel –
Gedenken in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück

KZ-Gedenkstätten sperren sich qua Existenz gegen Verdrängung, Verharmlosung und Leugnung von Terrorherrschaft und Völkermord, indem sie die Verbrechen der Nazis am historischen (Tat-)Ort dokumentieren und ihre Spuren konservieren. Sie sind keine »authentischen Orte«, sondern vielfach ver- und überformtes Gelände, dem nicht a priori ein unauslöschliches Erinnerungsschema eingeschrieben ist. Was und wie erinnert wird, ist dem politischen und kulturellen Wandel unterworfen. Der Blick auf die Entstehung und Entwicklung der ostdeutschen Gedenkstätten macht deutlich, dass die Vergangenheit ihre Interpretation nicht vorwegnimmt.

von Roman Guski und Claudia Krieg



Die Errichtung der ostdeutschen Gedenkstätten stand unter dem Eindruck der »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung«, die nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone ausgerufen wurde, und erfolgte deutlich früher als in der Bundesrepublik. Noch bevor die DDR offiziell gegründet und das sowjetische Speziallager 1 auf dem früheren KZ-Gelände aufgelöst wurde, empfahl die Sowjetische Militäradministration, in Buchenwald ein »Nationalmuseum« einzurichten. Als Vorbild dienten die bereits 1947 gegründeten Museen in Oświścim (Polen) und Terezín (Tschechien). Pläne der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) zur Schaffung von Nationalausstellungen in den ehemaligen Lagerbaracken scheiterten jedoch an der SED-Führung, die auf dem Ettersberg ein Mahnmal für den in Buchenwald ermordeten KPD-Führer Ernst Thälmann vorsah. Im Oktober 1950 wurde die Demontage des Lagergeländes verfügt – nur das Eingangsgebäude und das Lagertor, die beidseitigen von Stacheldraht umwundenen Wachtürme und das Krematorium sollten erhalten bleiben. Der Abriss erfolgte nicht, um die Erinnerung an Buchenwald auszulöschen, sondern wegen ihrer Formgebung. Die Lagerstruktur, die mit ihren Untergliederungen und verschiedenen Barackentypen auf die Hierarchisierung der Häftlingsgesellschaft, ihr Unterworfensein und die Grenzen von Solidarität und Selbstbehauptung verwies, stand dem Geschichtsbild der DDR gewissermaßen entgegen.

Rangfolgen des Gedenkens

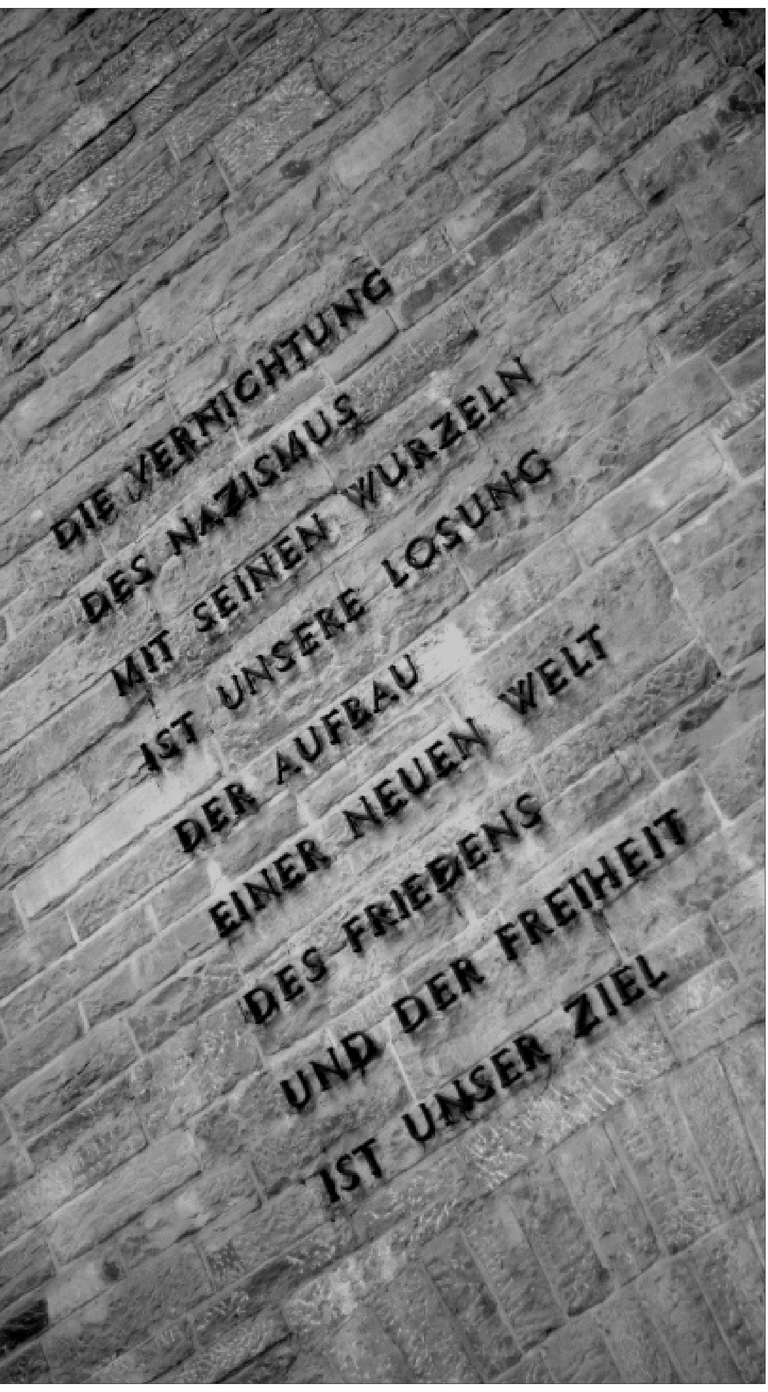
Der Schaffung der »Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald« (1954), die bis zur Wende zentrale Gedenkstätte der DDR blieb, ging 1955 die Konstituierung eines Kuratoriums unter Ministerpräsident Otto Grotewohl voraus, das auch auf die Errichtung nationaler Gedenkstätten in Ravensbrück (1959) und Sachsenhausen (1961) hinarbeitete. Während sich die Ausgaben für Buchenwald auf 10 Millionen DM und für Sachsenhausen auf 6 Millionen DM beliefen, wurde für Ravensbrück nur eine Summe von 2 Millionen DM aufgebracht. Die finanzielle Staffelung verweist auf den Bedeutungsgrad, der den Gedenkorten zugerechnet wurde. Zudem waren unter den SED-Funktionären ehemalige Häftlinge aus Buchenwald und Sachsenhausen, während »Ravensbrückerinnen« keine vergleichbaren Parteiämter innehatten. Als früheres Frauen-Konzentrationslager wurde Ravensbrück gleichwohl eine besondere Funktion im DDR-Gedenken zuteil. Die Gedenkstättenanlage sollte den »Frauencharakter« des früheren Lagers hervorheben und Frauen durch gezielte Agitation in den Dienst des Sozialismus stellen. Dass in Ravensbrück auch 20.000 Männer inhaftiert gewesen waren, geriet darüber in Vergessenheit. Während das Heldenepos für Buchenwald und Sachsenhausen reserviert war, wurde die historische Rolle von Frauen auf Solidarität, Opferbereitschaft und »inneren Widerstand« zurückgesetzt und gemeinhin durch geschlechtsspezifische Losungen und Bilder der Mütterlichkeit repräsentiert.

Die Partei hat immer Recht

Die Gedenkstätten wurden als gesamtstaatliche Einrichtungen gegründet und formal dem DDR-Kultusministerium unterstellt. Über Inhalt, Gestaltung und Personal verfügten die SED-Führung um Walter Ulbricht und parteinahe Organisationen wie das »Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer«. Andere Häftlingsverbände wurden dabei allerdings marginalisiert. Der direkte Einfluss der Parteifunktionäre wurde nicht hinterfragt, zumal das politische Handeln der kommunistischen Partei nach marxistisch-leninistischer Geschichtsauffassung per se als »wissenschaftlich« galt. An die Stelle geschichtswissenschaftlicher Akkuratesse, die um Konkretion des Geschehenen bemüht ist, traten so Mythen und Rituale, die mehr auf Identifikation mit dem Sozialismus als auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zielten. So wurde die historische Narration nicht am ortsgebundenen Geschehen, sondern an geschichtspolitischen Prämissen ausgerichtet, deren Fixpunkt der staatstragende Antifaschismus war. Ein Statut legte ab 1961 ein einheitliches Erinnerungsprogramm fest, das den kommunistischen Widerstand und den vermeintlich »wiedererstandenen Faschismus« in der BRD betonte und auf »die historische Rolle« der DDR abhob. Nach dieser Diktion orientierte sich die Darstellung in den Ausstellungen nicht zwingend an den tatsächlichen Ereignissen, sondern nutzte diese als »historische Versatzstücke« einer »viel weiter greifenden antifaschistischen Legitimationsideologie« (Sabine Moller).

Antifaschistische Pilgerstätten?

Das »Buchenwald-Kollektiv« aus freischaffenden Künstlern und Architekten machte nach Buchenwald auch Sachsenhausen und Ravensbrück zu monumentalen Gedenkanlagen mit Skulpturen im Stil des sozialistischen Realismus. Die Gedenkstätten dienten als Kulisse für Truppenvereidigungen, Fahnenappelle und Jugendweihefeiern. Für die Teilnahme an großen »Kundgebungen« – etwa zum Jahrestag der Befreiung oder zum Tag der Opfer des Faschismus – gab die SED Richtzahlen für zu erreichende TeilnehmerInnenzahlen aus. So erlebten diese Anlässe dann auch etliche der Anwesenden als »verordnetes Gedenken«. Gleichwohl greift die Vorstellung von einer ausschließlich indoktrinierenden Erinnerungspolitik zu kurz. In der DDR gab es sehr viele Denkmäler, Gedenktafeln und Erinnerungssymbole – der rote Winkel war allgegenwärtig. Dadurch wurde ein, wenn auch höchst selektiver, Erinnerungsraum geschaffen. Die lebensweltlichen Bezüge boten Möglichkeiten der Identifikation mit antifaschistischen Werten, sprachen aber zugleich von Schuld und Verantwortung



^ *Inschrift am Gedenkort des KZ Buchenwald*

frei. Obwohl nur eine kleine Minderheit Widerstand geleistet hatte, konnte man sich entsprechend offizieller Diktion auf der »besseren« Seite, das heißt in einem Land ohne TäterInnen wähnen.

Zwischen Subversion und Staatsdoktrin

Das Erinnerungsprogramm wurde bis zum Ende der DDR inhaltlich kaum modifiziert. In der Phase ihrer Erosion wurde die antifaschistische Staatsdoktrin jedoch zunehmend in Frage gestellt – auch durch andere Antifaschismus-Konzepte, auf deren herrschaftskritisches Potential die SED mit einer Mischung aus Repression und Absorption reagierte. So fand die erste Gedenkveranstaltung für homosexuelle KZ-Häftlinge, die 1983 vom »Arbeitskreis Homosexualität der Evangelischen Studentengemeinde Leipzig« organisiert wurde, hinter den verschlossenen Türen des Buchenwalder Glockenturms statt. Während sich die Gedenkstättenleitung und das Buchenwald-Komitee ausdrücklich von der Aktion distanziert hatten, wurde die Kranzniederlegung als »subversiver Akt« vom »Ministerium für Staatssicherheit« (MfS) observiert. Ähnlich erging es einer Gruppe, die 1986 in Ravensbrück an lesbische Opfer erinnern wollte und wegen »ihres provokativen Verhaltens« vom MfS behelligt wurde. Die Gedenkstätten kamen durch das »Gedenken von unten« nicht umhin, sich ab Mitte der 1980er Jahre für die Geschichte anderer Verfolgtengruppen zu öffnen. Jedoch blieb die Thematisierung der Lücken weitgehend beschränkt auf Fachgespräche. Es gab erste Gedenkveranstaltungen für jüdische Opfer, doch die Shoa blieb eine Randnotiz. Ebenso tabuisiert blieb die Geschichte der sowjetischen Speziallager, deren Existenz zwar nicht geleugnet, aber als Internierungslager für Nazi- und Kriegsverbrecher verharmlost wurde.

Motor der Erinnerungskultur

Nach der Wende wurden die Gedenkstätten der ehemaligen DDR einer umfänglichen Revision unterzogen, die ihre namentliche Umwidmung, räumlich-gestalterische Erweiterung und konzeptionelle Neuausrichtung umfasste. Gab es zunächst Befürchtungen, man würde sich im »Einheitstaumel« der Erinnerung an die nationalsozialistische Verbrechensgeschichte entledigen, so wirkte die Neukonzeption der ostdeutschen Gedenkstätten geradezu katalysierend auf die gesamtdeutsche Gedenkstättenlandschaft. Die Diskussionen um die Gedenkstättenkonzeptionen führten von einer provisorischen hin zur dauerhaften Förderung durch den Bund, wobei Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück von Beginn an berücksichtigt wurden. Dass eine Neukonzeption dieser Gedenkstätten geboten war, wurde kaum ernsthaft bestritten. Streit entzündete sich vor allem an der Frage, wie die Geschichte der sowjetischen Speziallager in Buchenwald und Sachsenhausen einzuordnen und gegenüber der KZ-Geschichte zu gewichten sei. Das Hauptaugenmerk lag jedoch auf einer differenzierteren Darstellung der Opfergruppen und der ortsgebundenen Geschichte. Dem Erhalt historischer Bausubstanz wurde ein höherer Stellenwert eingeräumt und ihre Nachnutzung in den Kanon der historischen Aufarbeitung einbezogen. Neben der räumlichen Dimension rückte auch die Analyse gesellschaftlicher Komplexität mehr in den Fokus. Ravensbrück war bundesweit die erste Gedenkstätte, die eine Ausstellung zum SS-Personal realisierte. Ebenso werden in den Ausstellungen, die um eine betont sachliche Darstellung bemüht sind, die Wechselbeziehungen zwischen den Konzentrationslagern und der vermeintlich unbeteiligten Zivilbevölkerung aufgezeigt. So hat zum Beispiel Sachsenhausen dem Thema »Die Stadt und das Lager« eine eigene Ausstellung gewidmet.

Diskursive Orte im geläuterten Deutschland

Die KZ-Gedenkstätten der ehemaligen DDR wurden nach 1990 im vereinigten Deutschland zu internationalen Begegnungs- und Erinnerungsorten, wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, zeithistorischen Museen und außerschulischen Lernorten. Bisweilen wird die Auseinandersetzung mit Verfolgung, Mord und Massensterben als Handlungsfeld der politischen Bildung, Menschenrechtserziehung oder Rechtsextremismusprävention gesehen und den Gedenkstätten daher eine immunisierende Wirkung zugeschrieben. Solche Erwartungen sind überzogen – allein deshalb, weil Gedenkstättenbesuche in der Regel wenige Stunden dauern. Die Geschichte der nationalsozialistischen Lager und ihre Nachgeschichte lässt sich indes nicht auf einfache Formeln und ein leicht konsumierbares Maß herunterbrechen.

Das Heldengedenken des Antifaschismus in der DDR, in dem sich das Gros der NS-Verfolgten nicht wiederfand, ist in Ravensbrück, Sachsenhausen und Buchenwald einem Vermittlungsanspruch gewichen, der auf rationales Verstehen und kritische Reflexion zielt. Verschiedene Perspektiven auf die Geschichte sollen dargestellt und durch die Hinwendung auf das Subjekt soll die willkürliche Stigmatisierung der Nazis in Frage gestellt werden. Die materialreichen Dauerausstellungen geben sich betont nüchtern und orientieren sich am Stand wissenschaftlicher Forschung. Gedenken und Erinnerung findet in vielfältigeren Formen statt, davon zeugen nicht zuletzt die Programme der diesjährigen Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager. Dennoch: Politische Debatten und Konflikte begleiten die Gestaltungsprozesse der KZ-Gedenkstätten im Osten und im Westen gleichermaßen. Dazu zählt etwa die Kritik, dass bei aller Nüchternheit der Gestus der Anklage vermieden und damit die Musealisierung der NS-Verbrechen zum Symbol eines neuen, geläuterten Deutschlands erhoben wird.



^ *Jan Rychlinski (ehemaliger KZ-Häftling aus Gusen, Mauthausen) feiert seine Befreiung*

»Nazi Germany has been defeated«

Es ist eine Diskussion, die so alt ist wie der Jahrestag selbst: Ist der 8. Mai ein Tag der Befreiung oder nicht?

von Maike Zimmermann

Eine erneute Aktualisierung hat diese Frage in der Debatte darüber erfahren, ob der 8. Mai ein gesetzlicher Feiertag sein sollte. Damit tut man sich in der Bundesrepublik noch immer schwer. Auch wenn der Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands bereits seit 2002 in Mecklenburg-Vorpommern gesetzlicher Feiertag ist und Brandenburg im April dieses Jahres nachzog – Common Sense ist dies bei weitem nicht. In Hamburg wurde ein entsprechender Antrag der Partei »Die Linke« jüngst abgelehnt – einhellig von allen Fraktionen. Und in Berlin sieht Parlaments-Vizepräsident Andreas Gram (CDU) »keine Notwendigkeit« für einen weiteren Gedenktag. Der »Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust« am 27. Januar und die Gedenkstätten in Berlin würden ausreichen.
In anderen Ländern Europas und den USA ist das Verhältnis zum 8. Mai ein anderes. In Frankreich, Tschechien und der Slowakei ist er offizieller Feiertag. In den Niederlanden wird das Kriegsende in Europa am 5. Mai gefeiert. In Großbritannien und den USA ist es der V-E-Day, der Victory in Europe Day.

Bedingungslose Kapitulation

»Nazi Germany has been defeated«, sagte der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman am 8. Mai 1945, um sogleich mit Blick nach Japan anzuschließen: »Unsere Schläge werden nicht aufhören bis die japanischen Militär- und Seestreitkräfte ihre Waffen in einer bedingungslosen Kapitulation niederlegen.« Denn mit der Kapitulation Deutschlands ging nur der Krieg in Europa zu Ende. Erst nach den US-amerikanischen Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 gab der japanische Kaiser am 15. August die Kapitulation seines Landes bekannt. Jener Tag wurde zum V-J-Day, zum Victory over Japan Day.
Trotzdem wurde bereits am 8. Mai der Sieg über Nazi-Deutschland auf dem New Yorker Times Square gefeiert. Und auch in England jubelten die Menschen vor dem Außenministerium an der Whitehall Premierminister Winston Churchill zu, als dieser vom Balkon des Hauses rief: »Das ist Euer Sieg!« Am selben Tag sagte der Chef der provisorischen Regierung Frankreichs, Charles de Gaulle, in einer Radioansprache: »Soeben hat der deutsche Feind vor den vereinten Streitkräften des Westens und des Ostens kapituliert. Das französische Oberkommando war anwesend und hat die Kapitulationserklärung unterzeichnet (…) Deutschland ist geschlagen und hat seinen Zusammenbruch besiegelt!«
Diese Kapitulationserklärung wurde zum einen am 7. Mai im Obersten Hauptquartier der Alliierten Expeditionsstreitkräfte im französischen Reims und zum anderen im Hauptquartier der sowjetischen 5. Armee in Berlin-Karlshorst von den vier alliierten Siegermächten und von Deutsch-

land unterzeichnet. Sie trat am am 8. Mai um 23:01 Uhr in Kraft. Aufgrund der Zeitverschiebung wurde daher der »Tag des Sieges« in der Sowjetunion am 9. Mai gefeiert – und wird es auch im heutigen Russland.
»Von der Roten Armee und den Truppen unserer Verbündeten auf die Knie gezwungen, hat sich das faschistische Deutschland für besiegt erklärt und bedingungslos kapituliert«, sagte Stalin am 9. Mai 1945. Einen Tag zuvor gab Admiral Karl Dönitz, als Nachfolger Hitlers, in einer Rundfunkansprache bekannt: »Wir müssen den Tatsachen klar ins Gesicht sehen. Die Grundlagen, auf denen das Deutsche Reich sich aufbaute, sind zerborsten. (…) Wir haben alle einen schweren Weg vor uns. Wir müssen ihn in Würde, der Tapferkeit und der Disziplin gehen, die das Andenken unserer Gefallenen von uns fordert.«
Deutschland war nicht nur besiegt, es fühlte sich auch so. Von Schuld hingegen wollte man in den ersten Nachkriegsjahren wenig wissen. Im Frühjahr 1945 begleitete die amerikanische Fotojournalistin Margaret Bourke-White US-Truppen durch Deutschland. In ihrem Buch »Dear Fatherland, Rest Quietly« schrieb sie: »›Wir haben nichts gewußt! Wir haben nichts gewußt!‹ Diese Worte hörte ich an einem sonnigen Nachmittag im April zum ersten Mal. (…) Wir bekamen sie so oft und monoton zu hören, daß sie uns wie eine deutsche Nationalhymne vorkamen.«

Hitler und seine Clique

Schuldabwehr, das stand jahrzehntelang weit oben auf der bundesdeutschen Agenda. Man sah sich zu Unrecht gebeutelt vom Vorwurf einer »Kollektivschuld«. Anders in der DDR: Hier wurde der 8. Mai Teil eines antifaschistischen Gründungsmythos; er wurde gefeiert als Tag des Sieges über den Faschismus, war von 1950 bis 1966 gesetzlicher Feiertag. Zwar verließen die meisten hochrangigen NS-Funktionäre die damalige Sowjetische Besatzungszone, um in der BRD zum Teil beachtliche Nachkriegskarrieren zu beginnen. Doch traf auch für Teile der dortigen Bevölkerung zu, dass sie bis zum Kriegsende das nationalsozialistische System unterstützt hatten.
Der Begriff der Befreiung ist in diesem Zusammenhang ein schwieriger. Lässt er sich doch auch nutzbar machen, um den eigenen Anteil am Bestehen des Nationalsozialismus zu verschleiern. Die Vorstellung, dass »Hitler und seine Clique« das deutsche Volk verführt hätten, hielt sich vor allem in der Bundesrepublik hartnäckig. »Wir wurden von einem furchtbaren Joch befreit, von Krieg, Mord, Knechtschaft und Barbarei. Und wir atmeten auf, als dann das Ende kam«, sagte Bundespräsident Walter Scheel (FDP) in seiner Rede zum 30. Jahrestag am 8. Mai 1975.
Zehn Jahre später war ein neuer Ton in der staatsoffiziellen Erinnerungspolitik zu hören, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) seine berühmte Rede hielt. Er benannte nicht nur die Opfer Nazi-Deutschlands, sondern auch den antifaschistischen Widerstand, PartisanInnen und KommunistInnen inbegriffen. Zugleich prägte Weizsäcker aber auch die gleichmacherische Formel, die dann zum Leitmotiv deutscher Erinnerungspolitik wurde: »Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.« So wurden auch Täter – Soldaten der Wehrmacht – mit ihren Opfern in einem Atemzug genannt. Auch Weizsäcker behauptete, dass für Krieg und Völkermord nur wenige verantwortlich seien: »Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient.«
Weizsäckers Rede vorausgegangen war jene von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU). Anlässlich einer Gedenkfeier am 21. April 1985 im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen sagte er: »Der Zusammenbruch der NS-Diktatur am 8. Mai 1945 wurde für die Deutschen ein Tag der Befreiung.« Nur zwei Wochen später gaben sich Kohl und US-Präsident Ronald Reagan auf dem Bitburger Soldatenfriedhof symbolträchtig die Hände. Eine »Geste der Versöhnung« über den Gräbern von Angehörigen der Wehrmacht und der Waffen-SS.
»Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern«, sagte Weizsäcker in seiner Rede. Denn Befreiung, so wird hier klar, ist eben nicht automatisch gleichbedeutend mit Freude. Heute gilt Weizsäckers Rede noch immer als Wendepunkt deutscher Erinnerungskultur. Weder konnte sich Roman Herzog (CDU) im Jahr 1995 noch Horst Köhler im Jahr 2005 so nachhaltig in das kollektive Gedächtnis in Bezug darauf einschreiben, wie das Endes des Zweiten Weltkriegs zu bewerten sei.
In den letzten 20 Jahren wurde sich in der Bundesrepublik bemüht, aus der Sicht auf die eigene Vergangenheit eine veränderte Rolle in der Gegenwart abzuleiten – ein Prozess, der weder widerspruchslos noch bruchlos verlief. Gerade geschichtspolitische Debatten der 1990er Jahre, aber auch der 2000er Jahre – beispielsweise um die Wanderausstellungen über die Verbrechen der Wehrmacht oder um Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« – veränderten den Blick auf die deutsche Vergangenheit. Heute ist die Einsicht weit verbreitet, dass die damalige deutsche Bevölkerung massiv und aktiv Anteil an der Stabilität des Nationalsozialismus hatte.
Gleichwohl gibt es seit der Jahrtausendwende eine neue Form der Hinwendung zum Leid der Deutschen. Denn: Wer sich so intensiv mit der eigenen Geschichte beschäftigt habe, dürfe schließlich auch erwähnen, wie hart es die Deutschen am Ende des Krieges getroffen habe. Flucht und Vertreibung, Vergewaltigungen durch die Rote Armee, das ist auch heute noch die notorische Dauerschleife deutscher Erinnerung, sowohl medial als auch in weiten Teilen der Bevölkerung.
Und trotzdem: Am diesjährigen 8. Mai gibt sich das offizielle Deutschland reflektiert und zugleich selbstbewusst. Bundespräsident Joachim Gauck gedachte am 6. Mai in Holte-Stukenbrock der mehr als fünf Millionen sowjetischen Soldaten in deutscher Gefangenschaft, denen es trotz »Besatzungs- und Expansionspolitik der Sowjetunion und durch die Errichtung einer kommunistischen Diktatur mit Rechtsferne, Unfreiheit und Unterdrückung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands« zu gedenken gelte. Denn: »Als Deutsche fragen wir uns (…) zuerst nach deutscher Schuld und Verantwortung.«
Am 9. Mai wartete Russland in Moskau bei der Siegesfeier mit einer der größten Militärparaden der vergangenen Jahre auf. Vor dem Hintergrund des Konflikts in der Ost-Ukraine war dies für diverse internationale politische RepräsentantInnen Grund genug, den Feierlichkeiten fernzubleiben. Unter ihnen: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Sie besuchte Moskau einen Tag später, am 10. Mai, um gemeinsam mit Präsident Putin der sowjetischen Kriegsopfer zu gedenken. Drei Tage vorher erinnerte Außenminister Steinmeier in Wolgograd – dem ehemaligen Stalingrad – an die sowjetischen Opfer.

Der Weg nach Westen

Zur Gedenkfeier am 70. Jahrestag wurde im Bundestag auf eine große staatsmännische Rede verzichtet. Stattdessen erzählte der Historiker Heinrich August Winkler den Deutschen an diesem bedeutungsvollen Tag ihre Geschichte. Vom schmerzhaften Weg der Deutschen ist hier die Rede, denen aber – durch alle Irrungen und Wirrungen – am Ende doch der Weg nach Westen gelungen sei. Der Westen, die Wiege von Freiheit, Humanität und Menschenrechten. Winkler warnt vor einer »forcierten Aktualisierung« der deutschen Geschichte zu politischen Zwecken: »Wenn Deutschland sich an Versuchen der Völkergemeinschaft beteiligt, einen drohenden Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern, bedarf es nicht der Berufung auf Auschwitz.« Doch im gleichen Atemzug sagte er: »Auf der anderen Seite lässt sich weder aus dem Holocaust noch aus anderen nationalsozialistischen Verbrechen noch aus dem Zweiten Weltkrieg insgesamt ein deutsches Recht auf Wegsehen ableiten.« Er nennt das »responsibility to protect«. Die Erkenntnis, dass die Lehre aus der deutschen Vergangenheit nur sein kann, sich nie wieder an Kriegen zu beteiligen, ist offensichtlich beim »Lehrer der Nation« nicht angekommen.

Etappen auf dem Weg zur »selbstbewussten Nation«

Die 1980er Jahre waren von heftigen geschichtspolitischen Kontroversen zur NS-Vergangenheit gekennzeichnet, bei denen es der konservativen Seite um eine Relativierung dieser Vergangenheit ging. Bitburg-Besuch, Weizsäcker-Rede und Historikerstreit waren wichtige Etappen in dieser Auseinandersetzung.

von Gerd Wiegel

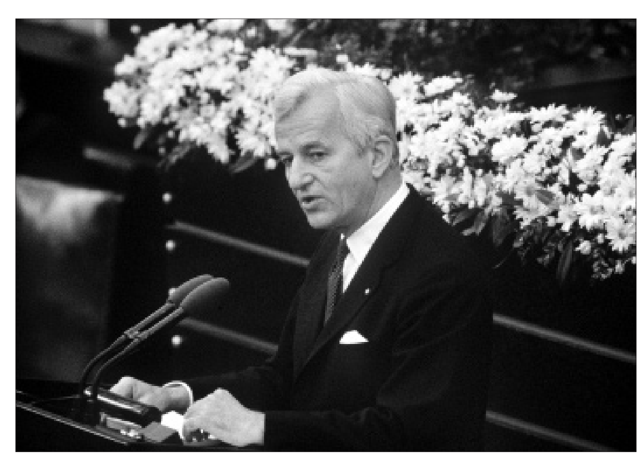
Der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wird in der Bundesrepublik jenseits aller öffentlichen geschichtspolitischen Debatten begangen. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit durch die politischen Eliten ist eingeübt und routiniert, Überraschungen sind von hier nicht zu erwarten. Gäbe es nicht das im Umfeld solcher Tage übliche Rauschen in den Feuilletons der Tageszeitungen und die obligatorischen Dokumentationen im Fernsehen, könnte dieser Tag auch weitgehend unbemerkt über die Bühne gehen. Allenfalls die Absage der Bundeskanzlerin für die Feierlichkeiten am 9. Mai diesen Jahres in Moskau – begründet mit der Ukraine-Krise und der Konfrontation des Westens mit Russland – und ihr Ausweichen auf den 10. Mai, sorgten für einige Schlagzeilen. Die dahinterstehende Bedeutung, dass heute der Nachfolgestaat des deutschen Faschismus gegenüber einem der Hauptopfer des Faschismus die Bedingungen für die ehrende Erinnerung an die Opfer des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion diktiert, wurde öffentlich ignoriert. Es scheint, als habe sich die geschichtspolitische Aufregung, die die öffentliche Beschäftigung mit dem Faschismus in Deutschland über Jahrzehnte auslöste, heute in eine wohlwollende Gleichgültigkeit aufgelöst.
Kontrastiert man den 70. Jahrestag des 8. Mai 1945 mit dem letzten in der alten Bundesrepublik begangenen runden Jahrestag 1985, dann wird die Differenz und die völlige Veränderung des Diskurses deutlich.

Rückruf der Geschichte

»Wir sind in Gefahr ein geschichtsloses Land zu werden«, so klagte der damalige Bundespräsident Walter Scheel anlässlich eines Historikertages 1976. Zwei Jahre später forderte Bundeskanzler Helmut Schmidt die versammelten Historiker auf, einen Beitrag zur »Bewältigung der Orientierungsschwierigkeiten unserer Tage« zu leisten. Geschichtslos sei das Land vor allem deshalb, weil es aufgrund der faschistischen Vergangenheit keine historische Verankerung im kollektiven Bewusstsein gäbe, womit unausgesprochen eine positive historische Verankerung gemeint war, waren doch die 1960er und 1970er Jahre durch historische Debatten zum Faschismus bestimmt gewesen, die jedoch keinen Raum für die geforderte positive Verankerung boten.
Angesichts des sich abzeichnenden Endes des »goldenen Zeitalters« (Eric Hobsbawm) des Nachkriegskapitalismus wurde verstärkt nach ideologischen Bindungskräften für den gesellschaftlichen Zusammenhalt Ausschau gehalten. Die nationale Geschichte rückte damit wieder stärker in den Fokus. Aus konservativer Sicht war der fehlende positive Bezug auf die Nation ein entscheidender Punkt, den es zu ändern galt. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und dessen negativer Dominanz für das eigene Geschichtsbild wurde in den 1980er Jahren zu einem entscheidenden Ansatzpunkt der politischen Rechten in ihren verschiedenen Schattierungen. Mit der konservativen Wende 1982 unter Helmut Kohl fand dieses Ansinnen der politischen Rechten Unterstützung in der Regierungspolitik und öffnete ein geschichtspolitisches Feld, das bis zur Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts hart umkämpft war.

Bitburg-Besuch

Anlässlich des Besuchs des US-Präsidenten Ronald Reagan im Umfeld des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus schlug die Regierung Kohl einen gemeinsamen Besuch der beiden Regierungschefs auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vor. Neben amerikanischen Soldaten waren hier auch Soldaten der Wehrmacht begraben und nach den Vorstellungen der deutschen Seite sollte dieser Besuch eine ‚Versöhnung über den Gräbern' repräsentieren, wie Kohl sie schon im Jahr zuvor mit dem französischen Präsidenten François Mitterand auf den Schlachtfeldern von Verdun zelebriert hatte. War diese von deutscher Seite nahe gelegte Geste der Absolution gegenüber der Wehrmacht in den USA schon umstritten, so steigerte sich die Kritik daran noch einmal deutlich, als bekannt wurde, dass in Bitburg auch Soldaten der Waffen-SS begraben lagen und somit auch dieses Terrorinstrument der Nazis in das ehrende Gedenken einbezogen werden sollte.
Die Vehemenz, mit der deutsche Konservative gewillt waren, die Relativierung deutscher Verbrechen durchzusetzen, und bei der sie sogar eine ernsthafte diplomatische Krise mit dem Hauptverbündeten USA riskierten, verdeutlicht ein Brief des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger an die US-Senatoren, die den Präsidenten vor dem Besuch in Bitburg warnten. Dreggers Brief veranschaulicht insgesamt die politische und historische Stoßrichtung des Unternehmens Bitburg:
»Am letzten Kriegstag, dem 8. Mai 1945, habe ich – damals vierundzwanzig Jahre – mit meinem Bataillon die Stadt Marklissa in Schlesien gegen Angriffe der Roten Armee verteidigt. Wenn sie ihren Präsidenten auffordern, die von ihm geplante noble Geste auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg zu unterlassen, muß ich das als Beleidigung meines Bruders und meiner gefallenen Kameraden empfinden. Ich möchte Sie fragen, ob man den toten Soldaten, deren Leiber verwest sind, die letzte Ehre verweigern darf? Ich frage Sie, ob eine solche Haltung unseren gemeinsamen Idealen von Anstand, Menschenwürde und Achtung vor den Toten entspricht? Ich frage Sie, ob Sie im deutschen Volk, das zwölf Jahre lang einer braunen Diktatur unterworfen war und das seit vierzig Jahren an der Seite des Westens steht, einen Verbündeten sehen?«
Allein Dreggers letzter Satz verdeutlicht eine zentrale konservative Sichtweise auf die Geschichte: Das deutsche Volk wird, analog zu anderen Völkern, zum Opfer der »braunen Diktatur«. Kein Gedanke daran, dass die Taten der Faschisten nicht nur »in deutschem Namen«, sondern auch von Deutschen ausgeführt, vom größten Teil der deutschen Bevölkerung gutgeheißen und unterstützt wurden. Kein Gedanke daran, dass das Regime berechtigterweise bis weit in die 1940er Jahre hinein von einer breiten Zustimmung der Bevölkerung zu seiner Politik ausgehen konnte.
Die Gegenüberstellung der zwölfjährigen Diktatur und des vierzigjährigen Bündnisses mit dem Westen drückt die Forderung nach einem Schlussstrich aus. Die Vergangenheit wird als endgültig erledigt begriffen (metaphorisch dargestellt als »verweste Leiber«), der man nun mit Großmut gegenübertreten könne. Interessant erscheint auch die biographische Einflechtung Dreggers als Kämpfer gegen die Rote Armee. Hier wird am historischen Beispiel der gemeinsame aktuelle Gegner beschworen. Implizit enthält diese Aussage auch eine Rechtfertigung des damaligen Kampfes, der sich zumindest im Osten gegen den gleichen Gegner wie im Kalten Krieg richtete.



^ *Weizsäcker*

Weizsäcker-Rede

Nur wenige Tage nach dem Bitburg-Besuch sorgte die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard Weizsäcker für einen Kontrapunkt zur konservativen Geschichtsoffensive. Als erster Bundespräsident nannte Weizsäcker trotz aller Abwägungen den 8. Mai unmissverständlich einen »Tag der Befreiung« und mahnte, der 8. Mai 1945 dürfe nicht vom 30. Januar 1933 getrennt werden. Weizsäcker verdeutlichte damit die Kausalität zwischen der damals häufig dominierenden Erfahrung des Leides und der Trauer vieler Deutscher (Erinnerungen an Bombenkrieg, Verlust der Heimat, Tod von Angehörigen etc.) und den am 30. Januar 1933 ihren Ausgang nehmenden Verbrechen, die eben von jenen Deutschen mehrheitlich getragen worden waren. Während auf konservativer Seite der 8. Mai als Niederlage begriffen wurde und die Erinnerung vor allem um die eigenen Opfer kreiste, deutete Weizsäcker den Tag objektiv als Befreiung vom Faschismus, unabhängig von der Gefühlswelt der Einzelnen. Doch die heute als historisch empfundene Rede des Bundespräsidenten war damals keineswegs ein Durchbruch, sondern eher ein Kontrapunkt zu einer geschichtsdeutenden Debatte, die vor allem von konservativer Seite befeuert wurde und zum Ziel hatte, die negative Herausgehobenheit der NS-Vergangenheit in der deutschen Geschichte zu beseitigen, um darüber wieder zu einem positiven Geschichtsbild und von hier zu einer Neubestimmung der Rolle der Bundesrepublik auf der internationalen Bühne zu gelangen.

Historikerstreit und neurechte Geschichtspolitik

Die geschichtspolitische Offensive von Rechts setzte sich 1986 mit dem Historikerstreit fort, dessen Ausgangspunkt der Versuch konservativer Historiker (Ernst Nolte, Andreas Hillgruber, Michael Stürmer, Joachim Fest und andere) war, die schlimmsten Verbrechen des deutschen Faschismus – Holocaust und Vernichtungskrieg im Osten – in ihrer Bedeutung und Singularität zu relativieren. Vorarbeiten und Anknüpfungspunkte für diese Offensive fanden sich seit den späten 1960er Jahren bei Vertretern einer »Neuen Rechten«, die in der Relativierung und Umdeutung der NS-Vergangenheit die Voraussetzung für eine politische Umgestaltung in ihrem Sinne sahen. Neben Schriften von Hellmut Diwald waren es vor allem die Arbeiten von Armin Mohler – Spiritus rector der »Neuen Rechten« –, die eine massive Umdeutung der Geschichte vornahmen.

In seinem Buch »Vergangenheitsbewältigung oder wie man den Krieg nochmals verliert« von 1980, das im wesentlichen ein Wiederabdruck einer zuerst 1968 veröffentlichten Arbeit ist, bedauert Mohler, dass er nicht schon 1968 eine deutlichere Sprache gefunden habe: Vor allem denen gegenüber, denen es mit der Vergangenheitsbewältigung allein »um die Vernichtung alles dessen (gehe), was deutsch ist – was deutsch fühlt, deutsch denkt, sich deutsch verhält und deutsch aussieht.« Im Folgenden bietet Mohler ein Argumentationsgebäude, welches ausschließlich das Ziel verfolgt, deutsche Verbrechen während des Faschismus zu relativieren und diesen auf ein Normalmaß europäischer Gewaltregime zu reduzieren. Der angeblich ständige Rückblick auf die Vergangenheit diene dem Ausland dazu, die Deutschen in einer subalternen Stellung zu halten, womit sie für Mohler zu den »neuen Juden« werden, einem »Objekt der Erpressung und der Manipulation durch eine einseitige Darstellung der Zeitgeschichte.« Sind die Deutschen so schon sprachlich auf der ‹privilegiertesten› Opferstufe angekommen, der der Juden, so greift Mohler im Weiteren neofaschistische Pseudoargumentationen auf, um die erwünschte Korrektur der angeblich einseitigen Zeitgeschichte vorzunehmen. Vor allem in den Beiträgen von Ernst Nolte zum Historikerstreit finden sich zahlreiche Versatzstücke, die schon bei Mohler zu finden sind.

Ziel all dieser Relativierungen der NS-Vergangenheit war es, die machtpolitischen Möglichkeiten der durch die Niederlage des Faschismus, Besatzung, alliierte Kontrolle und militärische Subalternität geschwächten Bundesrepublik zu erhöhen. Die kritische Thematisierung der NS-Vergangenheit galt auf diesem Weg als eines der größten Hindernisse.

Dass sich der Aufstieg der Bundesrepublik zur gegenwärtigen Hegemonialmacht in Europa gerade nicht mittels Leugnung und offensiver Relativierung, sondern durch eine weitgehende Befriedung, symbolische Annahme und sakrale Überwölbung dieser Vergangenheit vollzog, die für die machtpolitischen Ambitionen des »geläuterten« Deutschland keinerlei Bedeutung mehr hat, ist eine andere Geschichte.

Stalag X B Sandbostel – verdrängter Ort

Im Beisein mehrerer Überlebender und zahlreicher Angehöriger wurde am 29. April 2013, dem 68. Jahrestag der Befreiung des Kriegsgefangenenlagers Sandbostel (Stalag X B) durch die britische Armee, die Gedenkstätte Lager Sandbostel offiziell eröffnet. Der Eröffnung vorausgegangen war ein jahrzehntelanges mühevolles Ringen um das Erinnern am historischen »Ort der Tat«, der seit 1974 als »Gewerbegebiet Immenhain« genutzt wurde.

von Andreas Ehresmann



^ *Gedenkstätte Sandbostel*

Das Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlager X B Sandbostel wurde ab August 1939 von der Wehrmacht zunächst als zentrales, später als eines von vier Kriegsgefangenenlagern im Wehrkreis X nahe des niedersächsischen Dorfes Sandbostel errichtet.
Das Lager war zur Unterbringung von 10.000 Kriegsgefangenen vorgesehen. Später wurde die Belegungskapazität auf 30.000 Gefangene erhöht. Insgesamt durchliefen von 1939 bis 1945 mindestens 313.000 Kriegsgefangene, Zivil- und Militärinternierte das Lager.
Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 und der Ankunft der ersten sowjetischen Kriegsgefangenen im Oktober 1941 wandelte sich der Charakter des Stalag X B. Während bei den nichtsowjetischen Kriegsgefangenen immer wieder systematisch gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen wurde, es aber formal zur Anwendung kam, wurde dieses bei den sowjetischen Kriegsgefangenen explizit missachtet. Insbesondere im Winter 1941/42 starben Tausende sowjetische Kriegsgefangene an Krankheiten und körperlicher Erschöpfung.
Ab April 1945 waren in einem kurz zuvor geräumten Lagerteil etwa 9.500 Häftlinge aus dem KZ Neuengamme und aus dessen Außenlagern in Hamburg, Bremen, Meppen und Wilhelmshaven untergebracht, die mit Räumungstransporten in das Kriegsgefangenenlager gelangten. Etwa 3.000 von ihnen wurden hingerichtet oder starben auf dem Weg nach Sandbostel, im Lager und in den Tagen nach der Befreiung an körperlicher Erschöpfung und Hunger.
Nach der medizinischen Nothilfe durch die britische Armee und der Repatriierung der befreiten Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge wurde das Lagerareal kontinuierlich nachgenutzt: zunächst als britisches Internierungslager CIC No. 2 für Angehörige der Waffen-SS (1945–1948), folgend durch die niedersächsische Justiz als »Strafgefängnis Lager Sandbostel« (1948–1952), anschließend als Notaufnahmelager für jugendliche männliche Flüchtlinge aus der DDR (1952–1960) und schließlich als Materialdepot der Bundeswehr (1963–1973). 1974 wurde das Areal dann schlussendlich privatisiert und zur Ansiedlung lokaler Gewerbetreibender genutzt.

Kampf um die Erinnerung

Erst Ende der 1970er Jahre begannen zunächst engagierte Einzelpersonen, später der neu gegründete lokale Geschichtsverein »Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel e. V.« um zwei Bremervörder Lehrer, sich für die Geschichte des historischen Ortes zu interessieren und diese zu erforschen. Den AktivistInnen ging es dabei vor allem um das Schicksal der in Sandbostel zu Tausenden gestorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge. Erstmals wurde 1980 auf einer Demonstration gefordert, dass eine Gedenkstätte eingerichtet werden solle. Jahrzehntelang stießen die AktivistInnen mit dieser Forderung vor Ort auf Ablehnung und wurden teilweise massiv angefeindet. In der deutschen Bevölkerung rund um Sandbostel fanden einerseits ein bewusst herbeigeführter Verdrängungsprozess und andererseits eine Erinnungsverlagerung auf den ehemaligen Lagerfriedhof statt – befördert durch die widerspruchslose jahrzehntelange Nachnutzung des geschichtsträchtigen Geländes durch staatliche Institutionen wie die britische Armee, das niedersächsische Justizministerium, das Bundesvertriebenen- und das Bundesverteidigungsministerium. Die bereits früh einsetzende memoriale Nutzung des ehemaligen Lagerfriedhofs als »Kriegsgräberstätte Sandbostel« überlagerte die Bedeutung des einstigen Lagerstandorts und damit die moralisch-ethische Verantwortung für diesen Ort. Fern jeglicher Bedenken wurde das Gelände 1974 schließlich privatisiert und zum »Gewerbegebiet Immenhain« deklariert. Im Dorf Sandbostel war die Erinnerung vom »Ort der Tat« – dem einstigen Lager – frühzeitig auf den etwa zwei Kilometer entfernt liegenden ehemaligen Lagerfriedhof verlagert.
Die Zahl der auf dem Friedhof in Massengräbern verscharrten sowjetischen Kriegsgefangenen ist bis heute nicht geklärt. Namentlich lassen sich bisher 4.697 verstorbene Soldaten der Roten Armee nachweisen, es werden deutlich mehr sein. Hinzu kommen 472 Tote anderer Nationen und etwa 3.000 verstorbene KZ-Häftlinge, die zusammen mit weiteren etwa 6.500 Häftlingen aus dem KZ Neuengamme noch kurz vor Kriegsende in das Stalag X B gelangten und hier unter katastrophalen Bedingungen untergebracht wurden.
Nach der Intervention des Hamburger Holocaust-Überlebenden Ivar Buterfas begann 2004 eine teils sehr heftig geführte Kontroverse. Im In- und Ausland wurde der Umgang mit dem historischen Ort und der bedeutenden Bausubstanz massiv kritisiert.
In Folge der Debatte wurde Ende 2004 die »Stiftung Lager Sandbostel« gegründet. In dieser hatten sich die verschiedenen AkteurInnen zusammengefunden, um eine Gedenkstätte am historischen Ort einzurichten. Dazu wurde 2005 ein erstes Teilgrundstück mit neun historischen Lagergebäuden erworben und 2008 ein weiteres mit zwei Gebäuden. Somit war nun, nach 63 Jahren, erstmals eine anfangs noch bescheidene Gedenkstättenarbeit auf dem ehemaligen Lagergelände möglich. Nachdem verschiedene Fördermittel eingeworben wurden, konnte das einmalige Bauensemble aus der Lagerzeit behutsam saniert werden und eine umfangreiche, zweigeteilte Dauerausstellung zur Geschichte und Nachgeschichte des historischen Ortes erarbeitet werden.

»Was geht mich eure Geschichte an?«

In einem Pilotprojekt setzen sich jugendliche MigrantInnen am historischen Tatort mit der Geschichte des ehemaligen Konzentrationslagers Oberer Kuhberg in Ulm auseinander. In Rap, Texten und Film formulieren sie ihre Gedanken und Forderungen.

von Oliver Thron

In den ersten Monaten nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten errichteten diese überall im Deutschen Reich Konzentrationslager, in denen politische und weltanschauliche GegnerInnen inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden. Jeglicher Widerstand sollte durch die, von den Nationalsozialisten zynisch als »Schutzhaft« bezeichnete, Einkerkerung gebrochen werden.

Auf dem Truppenübungsplatz Heuberg im baden-württembergischen Ort Stetten am Kalten Markt wurde im März 1933 das Konzentrationslager Heuberg errichtet. Nach dessen Schließung Ende 1933 wurden die Häftlinge in die knapp 100 km entfernte Garnisonsstadt Ulm verlegt. In den Kasematten einer ehemaligen Festungsanlage entstand das »Württembergische Schutzhaftlager Oberer Kuhberg Ulm«.

Ungefähr 600 Häftlinge im Alter zwischen 17 und 71 Jahren, vorwiegend KommunistInnen und SozialdemokratInnen, waren dort von November 1933 bis Juli 1935 unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert. Nach der Auflösung des Ulmer Konzentrationslagers kamen die etwa 30 noch verbliebenen Häftlinge in das Konzentrationslager Dachau.

Von der Lagergemeinschaft zum Dokumentationszentrum

1977 gründete sich auf Initiative der ehemaligen Lagergemeinschaft der gemeinnützige Trägerverein »Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm – KZ-Gedenkstätte« (DZOK) mit dem Ziel, auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers einen Lern- und Erinnerungsort einzurichten. 1985 eröffnete, gegen revisionistische Widerstände von Teilen der Ulmer Bevölkerung, in der ehemaligen Kommandantur des Lagers eine Dauerausstellung zum historischen Tatort.

Das DZOK entwickelte sich in den Folgejahren zum Kristallisationspunkt kritischer Geschichtsbetrachtung und zu einem anerkannten Träger historisch-politischer Bildung. Parallel zu Ausstellungen, Führungen und Fortbildungen in der KZ-Gedenkstätte betreibt der Verein heute durch seine hauptamtlichen MitarbeiterInnen zusätzlich ein Informations-, Forschungs- und Bildungszentrum mit Archiv und Bibliothek.

Biografische Bezüge verschwinden

Neben dem beständigen Kampf um Finanzierung sind Lern- und Erinnerungsorte wie die Ulmer KZ-Gedenkstätte aktuell mit zwei zentralen Herausforderungen konfrontiert. Die noch lebenden ZeitzeugInnen – das historische Gedächtnis des Widerstands gegen die NS-Diktatur – sind zunehmend nicht mehr in der Lage, Begegnungen mit nachfolgenden Generationen, beispielsweise Gespräche mit Schulklassen, zu bewältigen. Zudem schwindet der biografische Bezug zur NS-Geschichte.

Die Hälfte der Ulmer SchülerInnenschaft, die zwei Drittel der BesucherInnen der KZ-Gedenkstätte ausmachen, stammt aus Einwanderungsfamilien – an den Ulmer Hauptschulen sind es bis zu 80 Prozent. Viele von ihnen haben kein Wissen über den Holocaust und folglich keinen Ansatz sich selbst zu positionieren.

Wenn Erinnerungsarbeit diese Jugendlichen erreichen will, müssen ihnen adäquate Zugänge zu historischen Lern- und Erinnerungsorten geschaffen werden, die in der Lebenswelt der Jugendlichen selten einen Platz haben. Voraussetzung ist zudem die Bereitschaft, sich auf ihre Ausdrucksformen und Sprache in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einzulassen. Biografisch orientierte Ansätze ermöglichen den Jugendlichen das Anknüpfen an eigene Vorstellungen und eine empathische Perspektivübernahme.

Gemeinsam mit MedienpädagogInnen des Stadtjugendrings Ulm und lokalen RapperInnen hat das DZOK ein interkulturelles Projekt zur Annäherung von HauptschülerInnen an die NS-Vergangenheit ihrer Stadt entwickelt. In Begleitung von PädagogInnen verbringen die SchülerInnen drei Tage auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers, dokumentieren ihre Eindrücke in Form von Momentaufnahmen und Texten, die im Anschluss im Studio zu Songs und einem Kurzfilm verarbeitet werden.

Träume, Erinnerungen, Hoffnung

2009 wurde das Projekt erstmalig umgesetzt. Ausgangspunkt der Annäherung an den historischen Tatort und an ausgewählte Biografien von Häftlingen waren dabei Kategorien, die zentraler Bestandteil der Lebenswelt der Jugendlichen sind: Träume, Erinnerungen, Hoffnung, Familie, Liebe, Freiheit. Mit bemerkenswerter Offenheit legten die SchülerInnen ihre eigenen Biografien dar und zeigten sich empathisch für die (Über-) Lebenssituation der Häftlinge. Dabei ging die Beschäftigung mit den Biografien der Opfer auch über deren Situation in der Haft hinaus: »Ob sie da noch weiter leben wollten?« Das Projekt wurde 2010 mit dem »Alfred-Hausser-Preis« der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA) Baden-Württemberg ausgezeichnet und in den folgenden Jahren mehrfach erfolgreich mit verschiedenen Schulklassen durchgeführt.

Perspektiven für die Zukunft

Für die PädagogInnen der Ulmer Gedenkstätte ist das Projekt wegweisend. Sie sind auf der Suche nach weiteren PartnerInnen. Denn eines ist für das DZOK klar: »Wir brauchen schon jetzt – und stärker noch in Zukunft – einen multiperspektivischen Zugang zur deutschen Vergangenheit, der unterschiedliche kollektive Gedächtnisse, Familiengeschichten und Geschichtsbilder gleichberechtigt nebeneinander stehen lässt. Eine Erinnerungsarbeit, die von der Vielfalt der Gesellschaft ausgeht und diese auch gut heißt.«

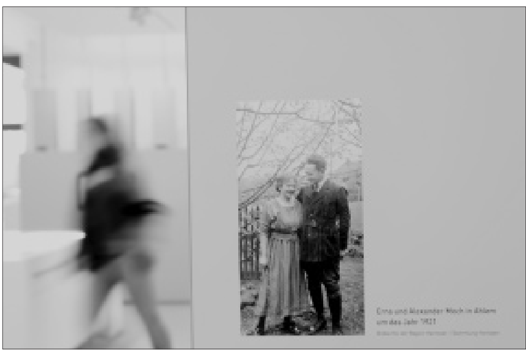
Die multimediale Dokumentation »Was geht mich eure Geschichte an?« ist mit Arbeitsmaterialien für Schulen beim DZOK erhältlich.

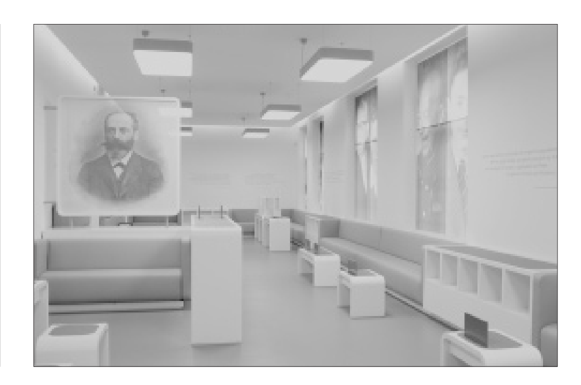
Keine Gedenkstätte wie jede andere

Die neukonzipierte Gedenkstätte Ahlem der Region Hannover ist keine gewöhnliche NS-Gedenkstätte. Obwohl der historische Ort fast alle Aspekte der nationalsozialistischen Verfolgung widerspiegelt, sieht man der Gedenkstätte die dunklen Seiten der Geschichte erst auf den zweiten Blick an.

von Shaun Hermel







Den Neubau dominieren große Glasflächen, er ist lichtdurchflutet und wirkt dadurch sehr einladend. Im Erdgeschoss des anschließenden historischen Bestandsgebäudes finden sich satte Grüntöne, loungeartige Sitzwürfel laden sowohl EinzelbesucherInnen als auch Gruppen zum Verweilen ein. Die Wände sind atmosphärisch gestaltet, Großfotografien von für die Geschichte dieses Ortes bedeutenden Personen füllen die Fensternischen. Zitate an den Wänden deuten auf die facettenreiche Geschichte des Ortes hin. Tablet-PC Stationen sollen Ausstellungsinhalte aufgreifen und vertiefen und die so genannte Mediathek mit dem Untertitel »Einblicke und Perspektiven« soll genau dies ermöglichen: den in der Dauerausstellung erfahrenen Informationen die notwendige Tiefe verleihen und dabei Gegenwartsbezüge und Kontexte herstellen. Das Videoarchiv im hinteren Bereich des Raumes hält ZeitzeugInneninterviews und filmische Dokumentationen zum Thema bereit.

Moderne Art der Geschichtsvermittlung

Keine Inszenierungen, keine (Be-)Wertungen der historischen Tatsachen. Ausgehend von den Biografien der mit dem Ort verbundenen Menschen wird die Geschichte des Geländes der ehemaligen Gartenbauschule Ahlem erzählt. Dabei wird den BesucherInnen genug Freiraum für die eigene Verarbeitung der Informationen gelassen. Eine Art, die vor allen Dingen bei jungen BesucherInnen sehr gut ankommt. Sie fühlen sich nicht zu einem bestimmten Verhalten gedrängt oder überwältigt. Dadurch bleiben sie für die Geschichte und die Schicksale der Menschen empfänglich – eine Grundvoraussetzung für einen nachhaltigen Gedenkstättenbesuch.

Facettenreiche Geschichte

Die besondere Atmosphäre und die Art der Darstellung stehen in engem Zusammenhang mit der Geschichte des Ortes. 1893 vom jüdischen Bankier Alexander Moritz Simon als Israelitische Erziehungsanstalt gegründet, standen zunächst Aspekte der jüdischen Emanzipation und Selbstbestimmung im Mittelpunkt. Durch die Ausbildung junger, größtenteils sozial benachteiligter jüdischer Menschen wollte Moritz Simon seinen GlaubensgenossInnen eine Berufsperspektive in ihnen bis dato wenig zugänglichen Berufszweigen ermöglichen: Gartenbau und Handwerk. Gleichzeitig wollte er mit dieser Maßnahme gegen bestehende Vorurteile ankämpfen und das Bild von fleißigen, hart (mit den Händen) arbeitenden Juden oder Jüdinnen vermitteln, die in der Lage sind, sich selbst zu versorgen.
Moritz Simons nationalistische, »deutsche« Gesinnung verhinderte jede Form der Unterstützung für die in dieser Zeit aufkommenden zionistischen Ideen. Trotz allem erarbeitete sich Ahlem in der Frühphase des 20. Jahrhunderts einen weltweit anerkannten Ruf im Bereich der gärtnerischen Ausbildung.

Wendepunkt 1933

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 erfährt die Schule einen bisher nie da gewesenen Zulauf. Viele jüdische Menschen erhofften sich in der Gartenbauschule einen Zufluchtsort vor der vom NS-Staat ausgehenden Gefahr. Von außen wird der Wunsch an die Schule herangetragen, die auswanderungswilligen Juden und Jüdinnen mit dem für die Emigration in ein fremdes Land essentiellen Wissen auszustatten. Die Schule reagierte geschickt und stellte ihr Schulprogramm um, damit sie diesem Wunsch gerecht werden konnte – so werden so genannte Berufsumschichtlerkurse angeboten, um Menschen, die bereits einen Beruf erlernt hatten, für die Auswanderung, zum Beispiel nach Palästina, »fit« zu machen.
Dieses Vorgehen wurde von den Nazis zunächst begrüßt, half die Schule doch dabei, die jüdische Bevölkerung in Deutschland zu reduzieren. Dadurch behielt die Schule lange Zeit einen Sonderstatus, wurde eine Insel im NS-Staat, auf der die jungen jüdischen Menschen bis zur Schulschließung 1942 kaum Ressentiments erfuhren.

Ahlem als Ort der Verfolgung

Mit der verschärften »Judenpolitik« kam der NS-Terror letztlich auch nach Ahlem. Das Schulgebäude wurde 1941 eines der 16 »Judenhäuser« in Hannover, ab Dezember 1941 zu einer Sammelstelle für die Deportationen der hannoverschen Juden und Jüdinnen. Die Gestapo zog 1943 in das ehemalige Direktorenhaus, richtete ein Polizeiersatzgefängnis ein, in dem sie folterte und tötete. Zum Kriegsende hin wurde Ahlem ein Hinrichtungsort, Massenerschießungen gehen auf das Konto der Gestapo.
Nach der Befreiung kehrte 1945 jüdisches Leben auf das Gelände zurück mit den »Displaced Persons«, die sich auf ihre Auswanderung nach Palästina vorbereiteten. 1948 endete die jüdische Geschichte auf dem Gelände der ehemaligen Gartenbauschule.
Die den Prozess der Neukonzeption begleitende Fachkommission hat die Gedenkstätte als einen »bundesweit einmaligen Erinnerungsort« bezeichnet. Positive wie negative Aspekte der deutschen jüdischen Geschichte treffen hier an einem Ort aufeinander. Das vielfältige pädagogische Angebot der Gedenkstätte Ahlem greift alle diese Merkmale auf.

Weitere Informationen unter www.gedenkstaette-ahlem.de

Begrenzte Erinnerung



Die Aufarbeitung der Geschichte des KZ Ellrich wurde über Jahrzente durch den »Kalten Krieg« überlagert. Quer über das Gelände zog sich die Grenze zwischen BRD und DDR.

von Andreas Froese-Karow

Vor 70 Jahren, am 12. April 1945, erreichten amerikanische Truppen die nordthüringische Kleinstadt Ellrich. Dort befreiten sie die beiden Konzentrationslager Ellrich-Bürgergarten und Ellrich-Juliushütte. In den nachfolgenden Jahren wurde Ellrich-Juliushütte zu einem symbolträchtigen Ort der deutschen Vergangenheitspolitik. Die innerdeutsche Grenze verlief quer durch das ehemalige Lagergelände und über den einstigen Appellplatz. Rasch eroberte die Natur den vormaligen Ort des Lagerterrors zurück. Die deutsche Teilung und das Klima des Kalten Krieges erschwerten nicht nur den räumlichen Zugang zum Gelände, sondern vereinnahmten über Jahrzehnte hinweg auch die historische Aufarbeitung der Geschichte des KZ Ellrich-Juliushütte, die zum politischen Kampfinstrument im Spannungsfeld der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz wurde.

Netz von Außenlagern

Beide Konzentrationslager, Ellrich-Bürgergarten und Ellrich-Juliushütte, waren 1944 als Teile des KZ-Lagerkomplexes Mittelbau-Dora entstanden, der neben dem Hauptlager »Dora« bei Nordhausen ein Netz von 39 KZ-Außenlagern in der gesamten Harzregion umfasste. Zwangsarbeit für Stollenbauprojekte zur geplanten Untertageverlagerung der NS-Rüstungsindustrie, auf Baustellen und bei Firmen in der Region prägte den Alltag der KZ-Häftlinge, die aus vielen europäischen Ländern nach Ellrich deportiert worden waren. In der Gaststätte »Bürgergarten« waren etwa 950 Häftlinge zur Zwangsarbeit untergebracht. In unmittelbarer Nähe zum Bahnhof befand sich das KZ Ellrich-Juliushütte, mit rund 8.000 KZ-Häftlingen und mindestens 4.000 Toten das größte Außenlager des »Lagerkomplexes Mittelbau«. Doch die amerikanischen Befreier trafen vor Ort nur noch wenige KZ-Häftlinge an. Die meisten hatte die SS kurz zuvor zu Räumungstransporten und Todesmärschen gezwungen, bei denen viele KZ-Häftlinge noch in den letzten Kriegstagen oder nach ihrer Befreiung an anderen Orten starben.

Straffreiheit

Nur wenige SS-Angehörige der KZ-Wachmannschaften mussten sich nach 1945 vor alliierten Gerichten für ihre Verbrechen verantworten. Noch glimpflicher kamen die übrigen MittäterInnen davon. Gegen keine einzige IngenieurIn, WirtschaftsplanerIn oder sonstige zivile MitarbeiterInnen der Baufirmen, die vom mörderischen Arbeitseinsatz der KZ-Häftlinge aus den Ellricher Lagern profitierten, wurde juristisch ermittelt. Auch wurden keine AnwohnerInnen verurteilt, die wirtschaftliche Zulieferer für die beiden Ellricher Konzentrationslager waren oder die KZ-Häftlinge misshandelt hatten.

Umgang in Ost und West

Gemäß der antifaschistischen Lesart in der DDR hatte sich eine kleine Gruppe »kapitalistischer Monopolherren« und »NS-Bonzen« an den nationalsozialistischen Verbrechen schuldig gemacht und nach Kriegsende in die westdeutsche Bundesrepublik gerettet. »Die Blutspur führt nach Bonn« hieß ab 1966 die erste Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Entsprechend fand in Ellrich – auf der ostdeutschen Seite des nun geteilten ehemaligen Lagergeländes Juliushütte – keine kritische Auseinandersetzung über die enge Einbindung des KZ-Systems in die regionale Zivilgesellschaft während des Nationalsozialismus statt. Die Gebäude verfielen, das Areal lag im unzugänglichen Sperrbezirk, in dem die DDR-Grenztruppen patrouillierten.

Defizitär war auch der Umgang mit der KZ-Geschichte auf der westdeutschen Seite des Geländes. Die verfallenen Gebäude, die nun zur Kleinstadt Walkenried gehörten, galten vielen als ein »Schandfleck« direkt an der Grenze, was der ostdeutschen Propaganda ein vermeintlich schlechtes Bild des westdeutschen »Schaufensters« liefere. Pioniereinheiten des Bundesgrenzschutzes sprengten 1963 die noch erhaltenen Gebäudereste, Planierraupen schoben die Trümmerteile zusammen mit den Resten des bis dahin noch erhaltenen Krematoriums in ein Erdloch; das Areal wurde zum Naturschutzgebiet erklärt. Auch wenn die Spuren des einstigen Konzentrationslagers auf westdeutscher Seite somit beseitigt waren, war seine Geschichte bekannt. Einige Medien instrumentalisierten sie gemäß der westdeutschen Anti-Totalitarismus-Doktrin als »Waffe« gegen die DDR, indem sie unkritische Parallelen zwischen dem »früheren KZ« und dem »neuen kommunistischen KZ-Regime« zogen, was eine differenzierte Auseinandersetzung mit der KZ-Geschichte verhinderte.

Gedenkinitiativen

Erst in den 1980er Jahren setzten sich erste zivilgesellschaftliche Initiativen im westdeutschen Walkenried für ein sichtbares Gedenken an das einstige Konzentrationslager Ellrich-Juliushütte ein. Mit der Öffnung der Grenze zwischen dem niedersächsischen Walkenried und dem thüringischen Ellrich am 11. November 1989 wurde das Gelände des einstigen Konzentrationslagers wieder zugänglich. Doch Gedenkinitiativen kamen zunächst aus dem Ausland. Die belgische Stadt Leuven stiftete einen Gedenkstein, der seit 1994 am ehemaligen Appellplatz auf Thüringer Seite steht. Danach war es der Verein »Jugend für Dora«, der Gedenkzeichen aus der Region setzte. Seine Mitglieder legten ab 1998 das ehemalige Lagergelände frei und brachten Hinweistafeln zur KZ-Geschichte an. Doch das Gedenken ist keineswegs Konsens in der Region. Trotz privater und öffentlicher Initiativen in den Gemeinden Ellrich und Walkenried und der jährlichen Gedenkfeiern zum Jahrestag der Befreiung des KZ Ellrich-Juliushütte stören bis heute Schmähungen und Schändungen - zuletzt Hakenkreuz-Schmierereien im Sommer 2014 – die Erinnerung an das Konzentrationslager und an seine Befreiung vor 70 Jahren.

»Sie werden fehlen«

Ulrike Jensen hat Geschichte sowie deutsche und englische Literaturwissenschaften studiert und ihr Studium als Magistra Artium abgeschlossen. Seit 30 Jahren arbeitet sie in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme als freie Historikerin und Gedenkstättenpädagogin. Seit 2012 ist sie im Studienzentrum der Gedenkstätte angestellt. Auch außerhalb der Gedenkstätte publiziert sie, moderiert und hält Vorträge. Mit Ulrike Jensen sprach Toni Brandes von »der rechte rand«.



drr: Gedenkpolitik hat mittlerweile einen prominenten Platz in der offiziellen Politik. Beeinflusst das die Gedenkstättenpädagogik?
Ulrike Jensen: Ein einheitliches Konzept »der Gedenkpädagogik« gibt es nicht. Die KZ-Gedenkstätten sind organisatorisch unterschiedlich aufgestellt – die KZ-Gedenkstätte Neuengamme beispielsweise ist eine behördliche Einrichtung, andere gehören zu Stiftungen. Die pädagogische Arbeit wird häufig von freien MitarbeiterInnen durchgeführt. In Neuengamme haben wir den aktuellen politischen Diskurs im Hinterkopf, der beeinflusst aber nicht die pädagogischen Konzepte. Wir haben Ansätze, von denen wir überzeugt sind und entwickeln diese ständig im Rahmen der aktuellen gedenkstättenpädagogischen Diskussionen weiter. Gelegentlich bekommen wir Fragen von Kindern und Jugendlichen, wenn diese beispielsweise eine Rede im Fernsehen gesehen oder in der Zeitung abgedruckt gelesen haben. Darauf gehen wir dann selbstverständlich ein.

Inwieweit werdet ihr in die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus an der Schule eingebunden? Gibt es Vorgaben oder könnt ihr eure Konzepte umsetzen?
Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme gehört zur Kulturbehörde der Stadt Hamburg und nicht zur Schulbehörde. In die Lehrpläne werden wir nicht eingebunden, auch Vorgaben haben wir nicht zu beachten. Wir haben allerdings ganz konkrete Vorstellungen von der Vorbereitung des Gedenkstättenbesuchs. Auch bieten wir Fortbildungen für LehrerInnen an, die leider noch zu selten wahrgenommen werden. Unsere freien GedenkstättenpädagogInnen – die meisten von ihnen HistorikerInnen und PolitologInnen – haben in der Gestaltung ihrer Arbeit einen großen Freiraum. Seitens der Gedenkstätte gibt es keine Vorgaben, aber entsprechende Hilfestellung bei der Konzeption der pädagogischen Veranstaltungen. Schwerpunktthemen der eigenen Arbeit werden selbständig gesetzt. Für unsere MitarbeiterInnen gibt es ein Angebot an Fortbildungen, um sowohl methodisch als auch inhaltlich auf dem aktuellen Stand zu sein, unter anderem die »Neuengamme Kolloquien«, auf denen aktuelle Forschungsergebnisse vorgestellt werden.

Das Bewusstsein dafür, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wächst. Wie wird es in der Gedenkstättenpädagogik diskutiert, dass viele SchülerInnen – gerade in Großstädten – Eltern mit migrantischen Wurzeln haben?
Es gibt, vereinfacht dargestellt, zwei Strömungen in der Gedenkstättenpädagogik, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Eine geht davon aus, dass für diese Jugendlichen eine modifizierte Form der Gedenkstättenpädagogik angewandt werden müsse, weil der Nationalsozialismus nicht ihre originäre Geschichte sei. Dem entgegen steht der Ansatz, bei der Vermittlung keinen Unterschied zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund zu machen. Ich unterstütze ganz klar den zweiten Ansatz. Ich halte nichts davon, Jugendliche auf ihren sogenannten Migrationshintergrund zu reduzieren und sie damit ein weiteres Mal auszugrenzen. Interesse für Geschichte ist nicht abhängig von Herkunft oder Zugehörigkeit. Für Jugendliche, die hier aufwachsen, ist die Geschichte des Nationalsozialismus Teil des Landes in dem sie groß werden. Warum sollten sie sich dafür nicht interessieren?
Im Übrigen: Bei unserer Vermittlung benutzen wir gerade nicht eine Pädagogik der Schuldzuweisung, sondern stellen die Methoden der SS dar. Die Darstellung des Lageralltags, die Reduzierung der Häftlinge zur Nummer, ihre Dehumanisierung sowie die Ausgrenzung und Stigmatisierung im Vorfeld, das sind Dinge, die von allen Menschen verstanden werden können. Empathie und Nachvollziehbarkeit ist nicht an Herkunft gebunden.
Was allerdings bei der Interaktion mit den Jugendlichen mit Migrationshintergrund wichtig ist, ist das Wissen darum, dass unter ihnen Menschen mit eigener Verfolgungs- und Kriegserfahrung sein können. Das erfordert Aufmerksamkeit und Sensibilität.

Stichwort Wandel. Wie bereiten sich die PädagogInnen auf die Arbeit ohne ZeitzeugInnen vor?
Einerseits, indem wir in den Gedenkstätten das Thema permanent diskutieren – unter anderem auf Konferenzen und Fortbildungen. Eine perfekte Lösung, wie mit dem Verschwinden der Erlebnisgeneration umgegangen werden soll, gibt es aber nicht. Wir arbeiten in Neuengamme seit einiger Zeit verstärkt mit Angehörigen der zweiten und dritten Generation. Die Auswirkungen der Erlebnisse der Eltern auf das Leben der Nachkommen ist hier das vorherrschende Thema. Darüber hinaus dokumentieren wir seit über zehn Jahren das Leben der Verfolgten und Überlebenden. Zum Beispiel in Biographiebüchern in der Ausstellung, die das gesamte Leben der Dargestellten abbilden und sich nicht auf die Zeit im Konzentrationslager beschränken. Auch das Zeigen von Filmen und Interviews mit ZeitzeugInnen sind ein wichtiges Mittel, deren Erfahrungen und Erinnerungen lebendig zu halten. Insgesamt ist festzustellen, dass das Interesse an Veranstaltungen mit ZeitzeugInnen sehr stark ist. Im Rahmen der Veranstaltungen anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung boten wir zehn Zeitzeugengespräche mit zusammen circa 600 Plätzen an. Die Nachfrage war um ein vielfaches größer. Eins ist klar: Die »Aura« der ZeitzeugInnen wird fehlen. Aber noch sind einige von ihnen da und möchten nicht ständig an ihre Sterblichkeit erinnert werden, indem permanent von ihrem »Verschwinden« geredet wird. Das kann ich gut verstehen.

Vielen Dank für das Interview.

»Aus dem Volk für das Volk«

Tatjana Festerling hat sich von der »Alternative für Deutschland« abgewandt und spielt nun rechtsaußen – bei PEGIDA.

von Andreas Speit



Tatjana Festerling, Gründungsmitglied der Hamburger »Alternative für Deutschland« (AfD), trifft den Sound der Bewegung, befeuert mit Volten und Pointen deren Argumentation. In wenigen Wochen hat sie sich durch ihre bundesweiten Auftritte als neues Gesicht der PEGIDA-Bewegung etabliert. Diese Frau, die nicht zwischen Islam und Islamismus unterscheiden will, weiß aufzutreten, liebt zu polemisieren. In Dresden plant sie zur Oberbürgermeisterwahl am 7. Juni zu kandidieren. Die Bewegung der vermeintlichen RetterInnen des christlichen Abendlandes will eine parlamentarische Partei werden und eine außerparlamentarische Opposition bleiben.

Blitzstart bei PEGIDA

Am Ostermontag hatte der Mitbegründer der PEGIDA in Dresden, Lutz Bachmann, auf dem Altmarkt ihre Kandidatur verkündet. Mit Festerling würde dem »rot-rot-grün versifften Stadtrat ordentlich auf die Finger« geschaut, denn sie sei eine »unabhängige Kandidatin aus dem Volk für das Volk«. Die rund 7.100 »Abendspaziergänger« bat er, für die Marketing- und Kommunikationsexpertin die nötigen 240 Wahlunterschriften zu sammeln. Bei der Kundgebung schimpfte die frisch gekürte Retterin des Abendlandes gleich unter Applaus gegen die »unverschämten Minderheiten aus islamischen Ländern, die uns mit ihrem Koran und ihren Sonderrechten auf den Geist gehen« und wetterte gegen die »verkrachten Gender-Tanten mit ihrem überzogenen Sexualscheiß«.
Vor Wochen war die Kandidatur in der sächsischen Landeshauptstadt durchgesickert. Seit Bekanntwerden will PEGIDA Tausende positiver Zuschriften erhalten haben. Bereits am 22. Februar machte PEGIDA öffentlich, dass Festerling zum Verein »PEGIDA e. V.« gehöre, mit Postfachadresse in Dresden.
An diesem Tag war die bemühte PEGIDA-Starrednerin schon nicht mehr Mitglied der AfD. Im Verlauf des Bremer Bundesparteitags vom 30. Januar bis 1. Februar 2015 trat die Mutter zweier erwachsener Kinder aus der AfD aus. Sie kam einem möglichen Ausschluss zuvor, nicht ohne nachzukanten, ihre frühere Partei sei »ein großer politischer Volksbetrug«.

HOGESA? »Nicht rassistisch«

Bis Oktober vergangenen Jahres war die sehr aktive Frau in der AfD an der Elbe mehr als wohl gelitten. 2013 stellte die Hamburger AfD ihre stellvertretende Marketing-Verantwortliche als Bezirkskandidatin auf. Im Oktober 2014 machte sie aber nicht nur ihre Teilnahme an der Kundgebung der »Hooligans gegen Salafisten« in Köln bekannt, sondern wollte nach den Ausschreitungen am 26. Oktober in der Domstadt sogleich die vermeintliche Wahrheit über die Aktion der rund 6.000 HOGESA-Fans verbreiten. Vor diesen »Hools« ziehe sie ihren »Hut«, schrieb sie auf dem Portal »journalistenwatch – Medienkritik und Gegenöffentlichkeit«. Denn die Eskalation sei »hausgemacht« gewesen, und »als ‹normaler› Beobachter der Sache gewinnt man den Eindruck, dass (...) die Politik (...) unter Zuhilfenahme (...) der Polizei einen Plot inszenierte«. Die sich neutral gebende Beobachterin wusste auch: »Eure Parolen waren (...) in keinster Weise rassistisch, rechtsextrem oder Gewalt auffordernd.« Überhört hatte Festerling offenbar, was in Köln zu vernehmen gewesen war: »Hier marschiert der nationale Widerstand« oder auch »Ausländer raus.«
Schon vor der Demonstration warb sie für die Teilnahme. Wer die »Schnauze von linksgrüner Moral und Bevormundung voll« habe, solle den »Hintern bewegen«, und sie empfahl gleich noch Lektüre: Akif Pirinçcis »Deutschland von Sinnen«. Als der umstrittene Autor am 18. Oktober bei der extrem rechten »Hamburger Burschenschaft Germania« auftrat, war Festerling auch dabei.

Auf dem Weg nach Rechts

Der Hamburger AfD-Führung, die wegen des Bürgerschaftswahlkampfs sehr bemüht war, moderat hanseatisch zu erscheinen, missfiel dieses Agieren – inklusive kritischer Berichterstattung. Doch Tatjana Festerling stoppten diese Sorgen nicht. Sie wandte sich der PEGIDA-Bewegung zu, begann zunächst noch mit dem Parteihinweis als Rednerin aufzutreten. »Ich war mehrfach in Dresden und Leipzig, in Magdeburg, Hannover und Bonn und erlaube mir den Vergleich«, schrieb sie auf der Webseite von »BRAGIDA«, dem Braunschweiger PEGIDA-Ableger. Es erfordere »sehr viel mehr Mut, hier im Westen zu einer PEGIDA-Demo zu gehen als im Osten!«, erklärte sie. Die Gründe? »Aggressive Antifa« und »Hetze der Politiker und der Medien.«
In Hannover wetterte sie gegen Politiker, die PEGIDA als »Schande« bezeichneten. Auch von »Nazi-Paranoia« in Politik und Medien sprach sie. Längst lief da in der AfD ein Ausschlussverfahren gegen sie. Der Streit um ein Bild von Bachmann mit Adolf-Hitler-Bärtchen und dessen Facebook-Einträge über Flüchtlinge als »Dreckspack« bremsten sie ebenso nicht mehr.
Seit dem Führungsstreit der PEGIDA – als sich die Hälfte des Organisationsteams von Bachmann abwandte – ist der Rest der Bewegung nach rechts gerückt. Und mit dabei auf dem Weg weit in den rechten Ressentiment-Kanon hinein: Tatjana Festerling.
In der Stadt, in der sie Oberbürgermeisterin werden will, führte sie aus, es handele sich bei nicht wenigen AsylbewerberInnen um »Illegale«, »die nun in intakten sächsischen Gemeinden für Unruhe, Kriminalität und Destabilisierung sorgen«. Viele »Asylbewerber«, so sagte sie weiter, seien »Männer, die ihre Familie und Heimat im Stich lassen«. Mit diesen »Asylantenströmen« würden die »Deutschlandvernichter von Merkel und Gabriel bis Tillich, unser Dresden, unser Sachsen und unser Deutschland« fluten. Und sie rief den »Spaziergängern« ihre politische Selbstverortung zu: »Wir sind alle keine Nazis, keine Rechtsradikale. Wir sind Patrioten«.

Streit in der AfD

Auf der Suche nach ihrer politischen Ausrichtung werden Risse in der »Alternative für Deutschland« sichtbar. Im Vorgriff auf die Programmdebatte versuchen einige, die Partei weiter nach rechts zu rücken.

von Kai Budler

Künftig gibt es bei der »Alternative für Deutschland« (AfD) nur noch einen Vorsitzenden. Mit dieser Entscheidung hatte sich Bernd Lucke auf dem Bundesparteitag in Bremen Anfang des Jahres durchgesetzt. Doch eine Entscheidung über ein tragfähiges Programm blieb aus. Kurz darauf rief Brandenburgs AfD-Chef Alexander Gauland zum »Kampf um die Seele der Partei« auf und kündigte einen stärkeren Rechtskurs an. Die bevorstehenden Konflikte in der Programmdebatte deuteten sich auch in der »Erfurter Resolution« an, die im März 2015 auf dem Thüringer Landesparteitag der AfD in Arnstadt vorgestellt wurde.

»Erfolgsmodell« Thüringen

Das Papier, das von den Landeschefs der Partei Björn Höcke aus Thüringen und André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt initiiert worden war, fand auch auf dem Landesparteitag der AfD in Sachsen-Anhalt am Ostersamstag Zustimmung. Ebenso wie die anfänglich zerrissene AfD in Thüringen hatte der Verband Sachsen-Anhalt in einem Jahr drei Vorsitzende verschlissen, bis im Juni 2014 Poggenburg gewählt wurde. Bereits kurz nach seiner Wahl kündigte er an, das »Erfolgsmodell« aus Thüringen zu kopieren und vor der Landtagswahl 2016 das Profil der Partei mit rechtspopulistischen Themen, wie Einwanderung und Innere Sicherheit, schärfen zu wollen. Poggenburgs kalkulierter Tabubruch wurde beispielsweise in seiner Erklärung zum Brandanschlag auf die geplante Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz deutlich. Eine Mitschuld gab er der Asylpolitik, die eine »fortlaufende Missachtung des Willens eines Großteils der Bevölkerung« sei. Die von ihm und Höcke initiierte »Erfurter Resolution« schließt sich Gaulands Kritik an einer »Vermerkelung der AfD« an, geht mit der dramatisierenden Bemerkung, »das Projekt ‹Alternative für Deutschland› ist in Gefahr« aber noch einen Schritt weiter. Die InitiatorInnen und UnterzeichnerInnen des Papiers positionieren sich gegen Parteichef Lucke und stellen sich deutlich auf die Seite von Gauland, der zu den ErstunterzeichnerInnen der »Resolution« gehört.

Ostdeutsche AfD

Für Höcke ist die Debatte Neuland. Denn als Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzender im Landtag hatte er es bislang vermieden, sich in Streitereien auf Bundesebene einzumischen. Doch nun fürchtet er offenbar um das politische Gewicht der AfD in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, das ihr die teils zweistelligen Wahlergebnisse dort verliehen haben. Mit dem Einzug in die Landtage der drei ostdeutschen Länder waren vor allem die Verbände mit einer deutlich rechtspopulistischen Ausrichtung erfolgreich. Auch mehr als zwei Drittel der ErstunterzeichnerInnen der »Erfurter Resolution« stammen aus den ostdeutschen Landesverbänden, manche ihrer FunktionärInnen und Landtagsabgeordneten tauchen auch in den nach Bundesländern geordneten Listen der UnterzeichnerInnen auf. In den westdeutschen Bundesländern kommt die Unterstützung vor allem von AfD-Mitgliedern der kommunalen Ebene. Eine Ausnahme ist der hessische Landesverband, dessen Vorstandsmitglied Peter Münch das Papier unterstützt. Kein Zufall, denn die hessische AfD hatte Münch im März seines Amtes als Landesvorsitzender enthoben, weil er seine



^ *Für die AfD-Jugend ist Höcke 2014 noch der Aufsteiger*

früheren Ämter bei der Partei »Die Republikaner« verschwiegen hatte. Auch die »Patriotische Plattform«, ein Zusammenschluss stramm rechter AfD-Mitglieder, stellt sich hinter die »Erfurter Resolution« und sieht dahinter gar eine »Bewegung (…), die unseren Flügel stark machen wird«.

»Deutschland-Resolution«

Der mit der »Erfurter Resolution« attackierte Teil der AfD reagierte mit einer »Deutschland-Resolution« und warf den KritikerInnen Spalterei und »wolkige Phrasen aus dem Arsenal rechter Splittergruppen« vor. Der Mitinitiator und Europa-Abgeordnete Hans-Olaf Henkel befürchtet eine Reduzierung der Partei auf »völkisches Gedankengut«. Die Partei dürfe nicht »Ausländerfeindlichkeit unter dem Deckmantel der Opposition gegen die verbreitete ‚Political Correctness' in Kauf nehmen«. Neben Henkel finden sich auch die drei weiteren Europaabgeordneten Bernd Kölmel, Ulrike Trebesius und Joachim Starbatty unter den InitiatorInnen der »Deutschland-Resolution«. Mit ihrer Unterschrift dürften sie nun in den Augen von Höcke und Co. genau dafür stehen, was die AfD ansonsten als Anpassung an den etablierten Politikbetrieb anprangert: »Technokratentum«, »Feigheit« und »Verrat an den Interessen unseres Landes«. Die UnterzeichnerInnen der »Deutschland-Resolution« hingegen verteidigen die Ausrichtung der AfD unter ihren amtierenden Vorsitzenden Bernd Lucke und Frauke Petry und setzen auf eine Abstimmung mit den Füßen: »Wir fordern daher den Wortführer der Erfurter Erklärung auf, gegen Bernd Lucke für den künftigen Vorsitz der AfD zu kandidieren.« Lucke selbst schweigt bislang zum Flügelstreit, während Petry in einem »Oster-Appell« Einigkeit in der Ausrichtung der Partei beschwört. Dabei hat die sächsische AfD-Fraktion einen der Punkte der »Erfurter Resolution« schon drei Tage nach der Vorstellung des Papiers übernommen, als sie die PEGIDA-Aufmärsche als »Ausdruck des Volkswillens« begrüßte. Die auch parteiintern umstrittenen Aufmärsche seien »wichtig und unverzichtbar für dringend benötigte politische Veränderungen in unserem Heimatland Sachsen und ganz Deutschland. (...) Die von PEGIDA aufgegriffenen Forderungen befinden sich seit Gründung der AfD in ihren Programmen und werden bereits von der AfD-Landtagsfraktion thematisiert«, heißt es in der Erklärung der Sächsischen Landtagsfraktion.

»Alternatives Wissen« für Deutschland

AfD-Chef Bernd Lucke wirkte eher unglücklich, als im Herbst 2014 die Planung der fünf Bezirksverbände seiner Partei in NRW für einen »Alternativen Wissenskongress« (AWK) bekannt wurde. »Unter den Referenten scheinen sich Verschwörungstheoretiker und Wirrköpfe zu befinden«, klagte er. Hätte Lucke den Kongress am 22. März dieses Jahr im westfälischen Witten besucht – er hätte sich in seiner Vermutung vollauf bestätigt fühlen können.

von Rainer Roeser



^ *Sebastian Schulze*

Kurz vor Ende des Kongresses entwickelte der von weit links nach weit rechts gewanderte Jürgen Elsässer vor den 800 ZuhörerInnen sein ganz eigenes Revolutionsszenario: »Das Volk muss auf die Straße!«, forderte er – mit PEGIDA als Vorbild. Wichtig sei, dass man in den Städten stabil fünf Prozent der Menschen mobilisiere. Die sollten, ginge es nach Elsässer, »Volksvertreter« zur Beratung einer »alternativen Verfassung« wählen. Eine »Volksabstimmung« über diese Verfassung müsse man selbst organisieren, wenn das »Regime« nicht gewillt sei, an dem Prozedere seiner Abwicklung mitzuwirken. Das Finale seiner Umsturzträume: »Die alte Regierung wird in den Ruhestand geschickt!«

Der Kongress mit dem Titel »Demokratie in Gefahr – Wer regiert Deutschland?« sei »DIE Plattform für ‹Alternatives Denken›«, hatten im Oktober vergangenen Jahres die Bezirksverbände der »Alternative für Deutschland« (AfD) in NRW in ihrer Einladung versprochen. Vier Redner, die »Klartext statt ‹politisch korrekt› reden«, kündigten sie an.

Neben Elsässer etwa Karl-Albrecht Schachtschneider, bis 2005 Professor an der Uni Erlangen-Nürnberg, der des Öfteren durch seine Kontakte nach rechtsaußen aufgefallen ist, ob als Referent bei der »Freiheitlichen Partei Österreichs« oder »pro Köln« oder als von der NPD eingeladener Experte bei einem Hearing im sächsischen Landtag. Ein weiterer: Eberhard Hamer. Er war Professor an der Fachhochschule Bielefeld und ist aktuell Leiter des »Mittelstandsinstituts Niedersachsen«. Sein »krudes Weltbild« beschrieb die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« so: »Eine Weltregierung aus wenigen wohlhabenden amerikanischen Familien habe einst den Plan ausgeheckt, sich die Welt untertan zu machen.« Welche Familien? »Die Rothschilds«, »die Rockefellers«. Ebenfalls zur Riege der VerschwörungstheoretikerInnen zählt der vierte Referent: Andreas Popp, einer der Macher der »Wissensmanufaktur«, die sich als »unabhängiges Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftspolitik« bezeichnet. Popp ist Ko-Autor eines »Plan B« genannten Konzepts zur »Revolution des Systems für eine tatsächliche Neuordnung«, das sich unter anderem auf den NS-Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder stützt. Zum (früheren) Image einer seriösen »Professorenpartei« mochte keiner der vier so recht passen.

Kein Wunder also, dass sich Lucke in Sorge um den Ruf der AfD einschaltete. Wen genau er zu den »Verschwörungstheoretikern und Wirrköpfen« zählen könnte, verriet er freilich nicht. Womöglich wäre es ihm auch schwer gefallen, hätte er doch auch erklären müssen, warum Elsässer beim Erfurter Parteitag der AfD im vorigen Jahr mit einem eigenen Stand für sein »Compact«-Magazin hatte werben dürfen. Bei der Auswahl der Referenten seien die Veranstalter nicht gut beraten gewesen, meinte Lucke jedenfalls und riet ihnen, ihr Konzept zu überdenken. Den Fingerzeig seines Parteichefs nahm sogar der NRW-Landeschef Marcus Pretzell auf, der zur Riege der Lucke-GegnerInnen gerechnet wird. Sein Landesvorstand habe mit der Veranstaltung nicht das Geringste zu tun, betonte er.

Das Konzept änderten die Organisatoren nicht, wohl aber das Label: Ein neuer »Verein zur Förderung des politischen Dialogs« übernahm. Die Crew der Organisatoren blieb zusammen: Sebastian Schulze, der stellvertretende Sprecher im von Dortmund bis Siegen reichenden AfD-Bezirk Arnsberg, als Vorsitzender des Vereins; Udo Hemmelgarn, Sprecher des AfD-Bezirks in Ostwestfalen, der die AWK-Internetseite verantwortet; Ingo Schumacher, Sprecher des AfD-Bezirks Köln, als Ansprechpartner der Medien; Nic Vogel, stellvertretender Sprecher des AfD-Bezirksverbands Düsseldorf, der den Vorverkauf organisierte und die Veranstaltung moderierte. »Wir sind standhaft geblieben«, lobte Schulze sein Organisationsteam in Witten.

Die »Standhaftigkeit« hat sich offenbar gelohnt. Komplett ausverkauft war der Kongress. Sogar BesucherInnen aus der Schweiz, aus Österreich, Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Norwegen konnte Schulze begrüßen. Mit dabei trotz der Distanzierung der Parteioberen waren auch AfDler vom rechten Flügel der Partei, darunter Sven Tritschler, Mitglied im NRW-Vorstand und Landeschef der »Jungen Alternative« (JA), AfD-Mitbegründer Martin E. Renner und Alexander Heumann, Chef der »Patriotischen Plattform« in NRW.

Die »hochkarätigen Referenten«, die Schulze angekündigt hatte, lieferten Erwartbares. Elsässer wetterte gegen »Lügenpresse« und »Lizenzmedien« und nannte die Anschläge vom 11. September 2001 die »Mutter aller Lügen«. Deutschland sei »immer noch ein besetztes Land«, geknebelt von »internationalen Finanzdynastien«, während die PolitikerInnen »immer hündischer gegenüber der Supermacht« würden. Während Popp klagte, die Deutschen seien zum »Eigenhass« erzogen worden, erkannte Hamer auch Positives: »Pegida ist der erste anständige Aufstand des Mittelstands.« Schachtschneider arbeitete sich derweil an der AfD-Spitze ab: »Wer einen Wissenskongress, bei dem Jürgen Elsässer und Andreas Popp angesagt sind, nicht unterstützt, hat den ‹Mut zur Wahrheit› nicht.« Elsässers Revolutionsvisionen kommentierte der emeritierte Staatsrechtslehrer nicht. Und auch die Kongress-Organisatoren aus den Reihen der AfD widersprachen nicht. Zumindest wird so deutlich, was Teile der Partei für »Alternatives Wissen« halten.

»Bismarck ist Pop!«

Grimmig blickt Otto von Bismarck vom Cover des »Taschenkalenders des Nationalen Widerstandes« von 2015. Das Motiv erinnert daran, dass der ehemalige Reichskanzler im April seinen 200. Geburtstag feierte. Für die deutsche Rechte ist er eine wichtige Ikone. Die sich modern gebenden »Identitären« titelten auf Facebook: »Bismarck ist Pop!«

von Lucius Teidelbaum



Die Verehrung von Otto Eduard Leopold von Bismarck-Schönhausen (1815-1898) in der konservativen und extremen Rechten ist nur der Ausläufer eines Kultes um den »eisernen Kanzler«, der bereits zu dessen Lebzeiten einsetzte. Der Politiker galt besonders im protestantischen Bürgertum als »Schmied des Reiches«, denn er hatte maßgeblich zur Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 beigetragen. Damals wurden landauf landab über hundert so genannte Bismarcktürme errichtet, Statuen aufgestellt oder Straßen nach ihm benannt.

Staatliche Bismarck-Rezeption

Der Bismarck-Kult hatte seine Blütezeit im Kaiserreich, setzte sich in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus fort. Vermindert gab es ihn auch nach 1945 in der Bundesrepublik und in Ansätzen sogar in der DDR. Zu ihrem Ende hin versuchte die DDR historische Personen wie Bismarck, Ernst Moritz Arndt, Friedrich II. oder Luther als Vorbilder und Ahnherren des »Arbeiter- und Bauernstaates« für sich zu reklamieren. Es gab im Jahr 1988 in der DDR sogar Überlegungen, die entfernten Bismarck-Denkmäler wieder aufzustellen.

Das ist auch deswegen verwunderlich, weil der Kanzler ein strammer Antisozialist gewesen war. Im Zusammenhang mit der Bismarckschen Sozialistenverfolgung wurde 1880/81 über mehrere Städte der »kleine Belagerungszustand« verhängt, es wurden mehr als 300 Vereine und etwa 1.300 Publikationen verboten, 600 Personen verhaftet und Gefängnisstrafen von insgesamt mehr als 1.000 Jahren verhängt.

»Germanischer Kampfeszorn«

Bismarck hat bis heute in der konservativen und extremen Rechten einen wichtigen Status, doch im Vergleich zu früher ist der Kult um den Kanzler in der Bundesrepublik auf bestimmte Milieus begrenzt. Lange Zeit agierte der 1981 gegründete »Bismarckbund e. V. – Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewußtseins«, der zeitweise mehrere hundert Mitglieder hatte. Die Organisation veranstaltete Vorträge mit (extrem) rechten ReferentInnen und richtete Gedenkveranstaltungen für den Reichskanzler aus, den sie auch schon mal als »Genius Germanischen Kampfeszorns« titulierte. Teilnehmende solcher Veranstaltungen und Mitglieder des Bismarckbundes kamen oft aus den Reihen der Studentenverbindungen oder dem organisierten ‹Vertriebenen›-Milieu. 2012 ging der Bund insolvent, Nachfolger ist der »Freundeskreis Fürst Otto von Bismarck«, der nahezu inaktiv ist. Örtliche »Bismarck-Kommerse« von Studentenverbindungen finden regelmäßig unter anderem in Bielefeld, Bremen und Oldenburg statt. Kein Wunder, war der Reichskanzler doch selbst Mitglied eines Corps.

Russland im Blick

Während die meisten Rechten Bismarck als Symbol verehren, orientiert sich Dr. Alexander Gauland, stellvertretender Bundessprecher und brandenburgischer Landesvorsitzender der »Alternative für Deutschland« (AfD), auch inhaltlich an dem Politiker. So stellt er seine pro-russische Haltung in Bismarcksche Tradition. Er schreibt in seinen »Thesen zur Außenpolitik« vom 11. September 2013: »Trotz einer veränderten Weltlage und des geringeren Gewichtes aller europäischen Staaten, sollten Elemente der Bismarckschen Rückversicherungspolitik gegenüber Russland gepflegt werden.« Gauland gilt als Bismarck-Kenner. Dabei scheint er nicht der einzige Reichskanzler-Fan in der AfD zu sein. Einem Interview des Thüringer Landesfraktionsvorsitzenden Björn Höcke mit dem rechtspopulistischen Magazin »Compact« in der Ausgabe 2/2015 ist ein Foto von Höcke und dem »Compact«-Herausgeber Jürgen Elsässer beigefügt. Beide posieren vor einem Porträt Bismarcks.

Bismarckjahr 2015

Die sich in diesem Jahr häufenden Bezugnahmen sind kein Zufall, sie kamen pünktlich zum 200. Geburtstag Bismarcks am 1. April. Deswegen gab es diverse Veranstaltungen von rechter, aber auch von staatlicher Seite, wie ein Blick auf die Homepage der staatsnahen Otto-von-Bismarck-Stiftung Schönhausen verrät. Keine davon schien kritisch zu sein, es geht eher um die Bedienung von Heldenmythen und um personalisierte Geschichtsschreibung. Sogar eine Briefmarke wird dem Politiker gewidmet und in Wilhelmshaven soll ein neues Denkmal enthüllt werden. Am 1. April gab es im »Deutschen Historischen Museum« (DHM) in Berlin anlässlich des Geburtstages einen Festakt der Bismarck-Stiftung in Kooperation mit dem DHM.

Aus einer kritischen Perspektive ist Bismarck als Antidemokrat, Reaktionär und Antisozialist zu bewerten. Die Rechten sind daher mit ihrem ‹Bismarckismus› inhaltlich näher am Original als eine parlamentarische Demokratie, die der Kanzler nie vertreten hat.

Vermutlich wird es dieses Jahr auch rechte Demonstrationen mit Bezug auf den Reichspolitiker geben. Derartiges fand schon früher statt. Am 3. Oktober 2012 richtete beispielsweise die NPD unter dem Slogan »Deutschland einig Vaterland – im Gedenken an Kurfürst Otto von Bismarck« eine Kundgebung in Heidelberg aus, an der 80 Neonazis teilnahmen. Peinlich nur, dass Bismarck zwar Kanzler, Graf und Herzog war, aber nie Kurfürst.

Von »Rechtsaußen« in die »Mitte« …

»der rechte rand« sprach mit Heidi Beirich, Direktorin des Aufklärungsprojektes vom »Southern Poverty Law Centre« (USA) über so genannte Hate Groups, ihr Verhältnis zur »Tea Party« und Rassismus, der in die »Mitte« einsickert.

drr: Wie viele Hate Groups zählt das »Southern Poverty Law Centre" (SPLC) aktuell in den USA? Und, ist es möglich, zwischen den verschiedenen Gruppen zu unterscheiden?

Heidi Beirich: In 2014 haben wir 738 Hate Groups registriert. Das ist weniger als der Höchststand von vor drei Jahren, als wir 1.018 Gruppen zählten und gleichwohl mehr als bei jeder Statistik seit den frühen 2000er Jahren. Unser Oberbegriff fasst verschiedene Gruppen zusammen, solche des »Ku Klux Klan«, rassistische Skinheads, Neonazis und andere VerfechterInnen der Überlegenheit der weißen »Rasse«. Aber wir zählen auch Anti-Muslim- und homophobe Gruppierungen dazu sowie HolocaustleugnerInnen.

Wie würden Sie die »Tea Party« beschreiben? Ist diese noch als eine konservative Bewegung zu sehen?

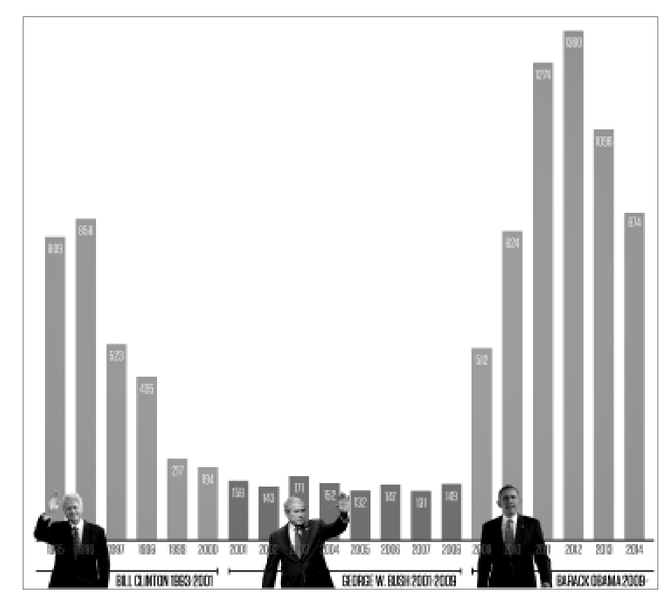
Ich verorte die »Tea Party« rechtsaußen. Sie halten konservative und wirtschafts-libertäre Ansichten hoch, zum Beispiel treten sie ein für den Rückzug des Staates aus seiner gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung. Dazu gehört auch das Eintreten für eine allgemein geringe Besteuerung. Aber auch in Fragen der Immigration beziehen sie extreme Positionen. Mit Hate Groups gibt es nur kleine Überschneidungen und auch die Versuche bei der »Tea Party« einzusickern, waren nicht erfolgreich. Die Party meidet offenen Rassismus. Aus Umfragen wissen wir jedoch, dass eine große Zahl der Mitglieder rassistische Ressentiments hat und dazu neigt, Minderheiten stereotyp zu begegnen. Gängig ist die Ansicht, dass Minderheiten staatliche Unterstützung ausnutzen und nicht hart arbeiten möchten. Das führt dazu, dass die Organisation eben diese staatlichen Unterstützungsprogramme einstellen und die frei werdenden Gelder autoritären Institutionen wie Polizei und Militär zur Verfügung stellen möchte. Ironischerweise nehmen zahlreiche AnhängerInnen der »Tea Party« staatliche Einrichtungen wie Sozialversicherungen und Krankenkassen in Anspruch, ohne sich dessen bewusst zu sein, in welchem Widerspruch sie sich zu ihren eigenen politischen Positionen bewegen. Dem halten sie entgegen, dass ihre eigene, harte Arbeit diese Ansprüche legitimieren. Wobei es klar ist, dass ihr finanzieller Nutzen die Einzahlungen übersteigt.

Ist ein Zusammenhang zwischen den Inhabern des Präsidentenamtes beziehungsweise der regierenden Parteien und der Anzahl und Aktivitäten von Hate Groups zu beobachten?

Bei Hate Groups nicht direkt. Aber es gibt einen klaren Bezug zu Anti-Regierungsgruppen. Die Anzahl dieser steigt bei einem Präsidenten der »Democratic Party« sehr schnell an. In der Amtszeit von Obama wurde ein Allzeithoch von 1.300 Anti-Regierungsgruppen erreicht. Die Menschen, die diese Ansichten teilen, glauben ganz klar daran, dass die Demokraten eine Bedrohung für sie und ihre Ideologie darstellen.

Gibt es Themen der Hate Groups, die vom politischen Mainstream aufgegriffen werden?

Ohne Zweifel. Die Hardliner-Positionen in Sachen Immigration sind von den Hate Groups über die »Tea Party« und andere rechte Gruppierungen bei der »Republican Party« angekommen. Mittlerweile gibt es dort fast niemanden mehr, der eine Legalisierung von ImmigrantInnen ohne Aufenthaltserlaubnis in Betracht zieht. Diese – einst vom Helden der Partei, Ronald Reagan, – in Betracht gezogene Lösung ist zum Bannfluch der Republikaner geworden.



^ *Hate Group-Statistik des SPLC*

Die nächste Präsidentenwahl steht 2016 an. Wie bereitet sich die extreme Rechte darauf vor?

Das ist eine schwierige Frage. Allgemein hat die Wiederwahl Obamas Hate Groups und Anti-Regierungsgruppen entmutigt. Ich nehme an, dass sich im kommenden Jahr zeigen wird, wie diese Gruppen reagieren werden. Sollte es keinen republikanischen Kandidaten und Herausforderer nach ihrem politischen Geschmack geben, wird die Frustration steigen. Vor dem Hintergrund der hohen Gewaltbereitschaft dieser Gruppen befürchte ich weitere terroristische Anschläge von so genannten Lone Wolfs (Individuen, die als Einzelkämpfer agieren und Anschläge verüben), sollte sich – aus deren Perspektive – die Regierungspolitik in Washington weiter nach links bewegen.

Die »Tea Party« wird in politischen Gremien wie dem Parlament vertreten. Andere Gruppen glauben nicht an demokratische Prinzipien. Wie versuchen diese an politischem Einfluss zu gewinnen?

Die extremeren Gruppen wie Milizen und Neonazis schaffen es nicht, über lokale Posten und Ämter hinaus zu kommen. Und selbst diese verlieren sie wieder recht schnell. Politischer Einfluss für diese Gruppen bedeutet, dass ihre Ideologie den Weg in die großen Parteien findet. In den vergangenen Jahren war das der Fall bei der »Tea Party«, von da sind die Ansichten weiter in den Mainstream oder auch direkt in Medienanstalten wie Fox News geflossen.

Regelmäßig werden Menschen Opfer von tödlichen Anschlägen und Attentaten weißer Rassisten. So gibt es Berichte, dass die US-Armee unter anderem auch Neonazis rekrutiert hat. Was bedeutet das für die Gesellschaft?

Es ist eine explosive Mischung. Die Anzahl der von uns in den letzten fünf Jahren erfassten Gewalttaten ist sehr hoch – mindestens eine Attacke oder der Versuch einer solchen pro Monat. Aber es gibt nicht viele, die das registrieren und dokumentieren. Der Fokus lag – fälschlicherweise, wie ich glaube - bisher ausschließlich auf islamistischen ExtremistInnen. Die SPLC fordert die Regierung seit langem auf, die Beobachtung der extremen Rechten aufzunehmen und auf den neusten Stand zu bringen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Trübe Ergebnisse

Das »Bundesamt für Verfassungsschutz« hat seine NS-Vergangenheit erforschen lassen. Doch es ist nötig, mit kritischem Blick weiter Licht ins Dunkel des Dienstes zu bringen.

von Philipp Vergin

Wer eine Einladung erhalten hatte, konnte am 29. Januar 2015 in Berlin das Ergebnis des Forschungsprojektes »Organisationsgeschichte des BfV 1950 bis 1975 unter besonderer Berücksichtigung der NS-Bezüge früherer Mitarbeiter in der Gründungsphase« begutachten – zumindest in einer Kurzfassung. Denn das detaillierte Ergebnis des dreijährigen Projektes unter Leitung der Historiker Constantin Goschler und Michael Wala wird es erst im Herbst 2015 in Buchform geben. Und dieses Werk sollte man sich etwas genauer ansehen. Denn die Präsentation des Abschlussberichtes auf dem Symposium des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV) wirkte in Teilen wie ein nachträglicher Persilschein für den Inlandsgeheimdienst.

Keine »braune« Ausrichtung?

Das Ergebnis der Forschung des Teams um Goschler und Wala in Kurzform: Das 1950 auf Betreiben der Westalliierten gegründete BfV sei in den Gründerjahren eine unproduktive Chaostruppe gewesen, die keine klare Aufgabenbeschreibung, eine schwache Leitung und inkompetentes Personal hatte. Dies lag neben der Konkurrenzsituation zum übermächtigen BND vor allem daran, dass die Alliierten bis 1956 jede Einstellung kontrollierten und NS-unbelastetes Geheimdienstpersonal so gut wie nicht zu finden war. Außerdem sei der Geheimdienst von anderen Behörden als »Abladeplatz für abgehalfterte Mitarbeiter und Querulanten« genutzt worden. Einzig die Spionageabwehr hätte zählbare Erfolge erzielt. Den späteren BfV-Chef Günther Nollau bezeichnete Wala als »ambitionierten Dilettanten«. Die Historiker fanden im Vergleich zu anderen Sicherheitsbehörden und Ministerien deutlich weniger NS-Belastete. Nach dem Ende der Personalkontrollen hatten die meisten ehemaligen Mitarbeiter des »Sicherheitsdienstes« (SD) des »Reichssicherheitshauptamtes« (RSHA), der »Schutzstaffel« (SS) und der »Geheimen Staatspolizei« (Gestapo) längst Beschäftigung bei der Polizei, den Landesämtern für Verfassungsschutz oder dem BND gefunden. Ausgerechnet bei der Spionageabwehr stießen die Forscher allerdings auf zwei Dutzend ehemalige SS-, SD- und Gestapo-Angehörige. Außerdem konnten sie nachweisen, dass mehrere NS-Seilschaften in den Anfangsjahren im BfV existierten und wie diese die Aufsicht der Alliierten austricksten. Ihr Fazit: Obwohl »es zeitlich und räumlich punktuell (zu) Verdichtungen« gekommen sei, »an denen sich solche Personen zusammenfanden und auch atmosphärisch prägend wurden«, habe es eine erkennbar »braune« Ausrichtung im BfV nicht gegeben. Eine Sicht, die von anderen ForscherInnen so nicht geteilt wird.

Um die Legitimität und das Image des BfV war es lange Zeit auch aus Sicht seines ehemaligen Präsidenten Heinz Fromm nicht gut bestellt. Der Sozialdemokrat führte dies unter anderem darauf zurück, dass Teile der Öffentlichkeit von der Annahme ausgingen, das Amt leide nicht zuletzt aufgrund seiner »braunen Wurzeln« nach wie vor unter Blindheit auf dem »rechten Auge«. Als 2007 beim Bundeskriminalamt Untersuchungen zur NS-Vergangenheit begannen und von der Öffentlichkeit positiv aufgenommen wurden, beauftragte Fromm 2007 seine Behörde, ebenfalls mit Planungen für eine wissenschaftliche Untersuchung der Gründungsgeschichte des Inlandsgeheimdienstes zu beginnen. Es dauerte allerdings drei Jahre, bis ein mit 259.637 Euro recht spärlich ausgestattetes Forschungsvorhaben ausgeschrieben und schließlich am 1. November 2011 gestartet wurde. Fromm selber gehörte neben der Historikerin Helga Grebing und dem ehemaligen Staatssekretär Klaus Faber sowie der BfV-Haushistorikerin Tânia Puschnerat bis zum Projektende 2014 dessen wissenschaftlichem Beirat an.

Diffuse Fragestellungen

Ausgehend von der Frage, welche Ursachen und Folgen es hatte, dass der Aufbau einer Organisation, deren Aufgabe die Sicherung der Demokratie sein soll, unter Heranziehung von antidemokratischem Personal durchgeführt wurde, sollte die Frühgeschichte des BfV systematisch untersucht werden. Es galt herauszufinden, welchen Einfluss Mitarbeiter mit NS-Bezug im Bundesamt auf seinen organisatorischen Aufbau, seine Organisationskultur sowie seine praktische Tätigkeit gehabt haben. Einen großen Teil der Untersuchung sollte allerdings auch die Frage einnehmen, »wie der diffuse Begriff ‹NS-Bezug› im Bundesamt selbst im Laufe der Zeit immer wieder neu konstruiert worden ist und wie dies in der Öffentlichkeit und Politik wahrgenommen« wurde. Ferner wollten das BfV und das HistorikerInnenteam einen Schwerpunkt darauf legen, zu ergründen »welche Wechselwirkungen des gesellschaftlichen und politischen Diskurses jenseits von Skandalisierungen auszumachen sind«.

Organisatorische und personelle Kontinuitäten

Die Sichtung der Personaldaten ergab, dass eine NSDAP-Mitgliedschaft für das BfV in den ersten Jahren kein Einstellungshindernis darstellte, eine frühere Zugehörigkeit zur Abwehr der Wehrmacht sogar als Vorzug galt. Anders verhielt es sich mit ehemaligen Angehörigen der in den Nürnberger Prozessen als verbrecherisch gebrandmarkten Gestapo, der SS oder dem SD. Solange die Alliierten die Einstellungen überprüften, bildete dies generell ein Hindernis für eine offizielle Beschäftigung im BfV. Zwischen 1950 und 1952 registrierte das BfV 1.570 BewerberInnen, von denen nur 88 genommen wurden. 1955 gab es nur ein ehemaliges Mitglied der Gestapo in den Reihen des Bundesamtes; beiden Organisationen diente er als Kraftfahrer. Keiner der Angestellten oder Beamten hatte der SS oder dem SD angehört. Im Vergleich mit dem BND und auch dem BKA, wo etwa 70 Prozent der Führungskräfte zur SS gehört hatten, ist dies tatsächlich auf den ersten Blick erstaunlich wenig. Wenn man aber genauer hinsieht, gibt es, neben der strengen Personalkontrolle der Westalliierten bis 1956, auch noch eine weitere Erklärung: Das BfV beschäftigte etliche NS-Belastete einfach inoffiziell als »Freie Mitarbeiter«. Zu diesem Zweck wur-

de 1954 in Köln die Scheinfirma »Fa. Dokumentenforschung« gegründet. Andere Altnazis arbeiteten unter Falschnamen direkt im Bundesamt wie etwa der Gestapo-Kommissar und SS-Hauptsturmführer Johannes Strübing alias »Stahlmann«. Die Einstellung erfolgte zumeist über Richard Gerken, den ehemaligen Hauptsturmführer und Chef des SD in Holland. Die Bezahlung erfolgte aus einem gesonderten Finanztitel. In einzelnen Fällen war auch die Amtsspitze informiert, der aber nach Darstellung der Historiker bald die Kontrolle über einzelne Abteilungen entglitten sei. Gerken, der 1953 Chef der Spionageabwehr und damit die wichtigste nachrichtendienstliche Person im Bundesamt wurde, habe eine Art Schatten-Verfassungsschutz aufgebaut, der sich der Kontrolle der Alliierten, aber auch des vorgesetzten Innenministeriums entzog. Warum dann aber im September 1955 mit Wissen des Bundesinnenministeriums (BMI) 40 der teilweise über viele Jahre eigentlich dauerhaft beschäftigten »Freien Mitarbeiter« in der Tarnorganisation untergebracht werden konnten, ließen die Forscher unbeantwortet. Jedenfalls wurden mit Billigung des BMI die Finanzbehörden informiert, damit nicht eine unverhoffte Steuerprüfung den Schwindel aufdeckte. Von den »Freien Mitarbeitern« wurden, nachdem die alliierte Kontrolle über die Einstellungen aufgehört hatte, ab 1956 etliche offiziell in das Bundesamt übernommen. Die USA wussten offenbar von dieser Infiltration, kannten die Biografien und duldeten sie, denn die Abteilungen arbeiten effektiv im Kampf gegen die »Gefahr aus dem Osten«.

Braune Seilschaften

Akribisch konnte durch die neuen Forschungen nachgewiesen werden, dass 1957 in leitenden Positionen 37 Prozent NSDAP-Mitglieder im BfV beschäftigt waren. Jeder Zehnte hatte eine SS- oder SA-Mitgliedschaft und 5 Prozent kamen aus SD und knapp 2 Prozent aus dem RSHA. Bei den Abteilungsleitern betrug der NSDAP-Anteil sogar 60%. Unter den Referatsgruppenleitern tummelten sich 33 Prozent Mitglieder der SA, 17 Prozent der SS und 17 Prozent SD-Mitarbeiter. Auch bei den Referatsleitern war der NSDAP-Anteil mit 42,5 Prozent überdurchschnittlich. Unter den Referatsleitern finden sich mit 22 Prozent auch die meisten Ex-Gestapo-Mitarbeiter sowie mit 11 Prozent auch ein erstaunlich hoher Anteil ehemaliger RSHA-Angehöriger. Unter den Leitern der BfV-Außenstellen hatten schließlich 22 Prozent eine NSDAP- und 11 Prozent eine SS-Vergangenheit. Als Gestapo-Mann konnte man es im BfV durchaus zum Leitenden Regierungsdirektor bringen. Für RSHA-Mitarbeiter war hingegen »schon« beim Regierungsrat Schluss. Diese Besoldungsstufe weist mit insgesamt 43 Personen die höchste Anzahl von NS-Belasteten auf. Ansonsten finden sich diese in fast allen Besoldungsgruppen bis hinauf zum Präsidenten.

Goschler und Wala konnten nachweisen, dass insbesondere in der Spionageabwehr unter dem Einfluss der dort in Führungspositionen beschäftigten ehemaligen SS-Männer ein Kasinoton und ungewöhnlich autoritärer Führungsstil geherrscht habe. Trotzdem schreiben sie, »die These, dass die Existenz und der Einfluss ehemaliger Mitarbeiter der Gestapo, der SS oder des SD beim BfV zwangsläufig dazu geführt hätten, dass das Bundesamt auf dem ‹rechten Auge› blind gewesen sei, kann als Erklärung für die Geschichte des BfV in seinen ersten 25 Jahren nicht ausreichen, sie ist monokausal und greift zu kurz.« Nun, eine solche Monokausalität hatte bisher auch niemand behauptet. Die Forscher gingen zwar auch der Frage nach, was denn dann, außer der NS-Vergangenheit wichtiger Akteure, die Arbeit des Amtes prägte. Sie konzentrierten sich hierbei aber auf gesellschaftliche »Skandalisierungen«, die den Dienst angeblich »demokratisierten«. Warum der »Radikalenerlass«, die »Regelanfrage« und alle anderen undemokratischen Kampfinstrumente, die der Geheimdienst in seiner Geschichte gegen Linke einsetzte, und bis heute einsetzt, auch mit NS-unbelasteten Leuten funktionierten, spielte in der Präsentation keine Rolle. Eine Aussage, dass sich die Bundesrepublik dem Antikommunismus verschrieben hatte, ganz objektiv diese Kontinuitätslinie zum Dritten Reich als Staatsreligion pflegte und dabei NS-Täter als Fachleute willkommen waren, vermieden die Historiker ebenfalls. Immerhin fiel ihnen auf, dass sich keine Altgedienten bei der Beobachtung des Rechtsextremismus beteiligen wollten. Laut Goschler war das BfV »nicht auf dem rechten Auge blind«, hatte aber wohl so etwas wie »den Grauen Star«. Er habe nicht einen Beleg dafür gefunden, dass der Dienst auch nur einen Nazi- oder Kriegsverbrecher gejagt hätte. Warum kommt man bei so einem Befund nicht auf andere Fragestellungen? Warum interessiert die ForscherInnen offenbar kaum, wer weshalb dafür sorgte, dass das BfV die Finger von allen Organisationen ließ, die man zum Kampf gegen die Gefahr aus dem Osten aufgestellt und ausgerüstet hatte? Warum verwirft man die These von brauner Kontinuität so vehement, obwohl nur kurz nach dem Beginn des Forschungsprojektes mit dem NSU-Skandal die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Nazi-Terror offenbar wurde?

Offene Fragen

Fragen bleiben also: Zum Beispiel, warum zwar laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion (»Suche nach dem Kriegsverbrecher Alois Brunner«) beim BfV eine Akte zu Brunner existiert, aber noch nicht einmal »eine Sichtung« durch die HistorikerInnenkommission des BfV stattfand. Reichte es Goschler und Wala, dass Regierung und BfV offenbar der Meinung sind, dass »die Inhalte dieser Akte (…) nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrages der Unabhängigen Historikerkommission des BfV« seien? Während die HistorikerInnenkommission des BND schon öfter die Auseinandersetzung mit dem Geheimdienst gesucht hat, hörte und las man beim BfV davon nichts. In den nächsten Jahren weiter Licht in die dunklen Seiten des Verfassungsschutzes zu bringen wird anderen HistorikerInnen und kritischen JournalistInnen vorbehalten sein.

Rücktritte in der AfD

Berlin. Der Richtungsstreit zwischen dem wirtschaftsliberalen und dem nationalkonservativen Flügel in der »Alternative für Deutschland« (AfD) wird zunehmend offen ausgetragen. Zahlreiche Austritte schlugen in den letzten Wochen zu Buche. So verkündete Ende April der stellvertretende AfD-Vorsitzende, Hans-Olaf Henkel, mit sofortiger Wirkung seinen Rücktritt aus dem Bundesvorstand und verknüpfte diesen mit einer Warnung vor den »Rechtsideologen« in der AfD. Partei-Chef Bernd Lucke hatte zuletzt beklagt, die »sogenannte Neue Rechte« versuche verstärkt, Einfluss auf die AfD zu nehmen und »die politischen Inhalte der AfD und ihren Politikstil in eine Richtung zu verschieben, vor der ich nur warnen kann«. Mit der gleichen Begründung wie Henkel hatte bereits im März Beatrix Diefenbach aus Hessen den Bundesvorstand verlassen. Nur wenige Tage nach Henkels Rücktritt folgte der Rückzug der stellvertretenden Sprecherin des Bundesvorstands, Patricia Casale. Ob die nationalkonservativen Kräfte durch die Rücktritte gestärkt werden, dürfte der Mitte Juni in Kassel stattfindende Bundesparteitag der Partei ergeben.

»Zuerst!«-Tagung im Bio-Hotel

Zeulenroda. Im thüringischen Zeulenroda hat vom 6. bis 8. März ein »Lesertreffen« der extrem rechten Zeitschrift »Zuerst!« stattgefunden. Rund 400 Personen reisten in das »Bio-Seehotel« zu der Veranstaltung an, die gleichzeitig die Jahrestagung des »Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e. V.« war. Der russische Politiker Alexander Dugin wurde per Skype zugeschaltet. Grünen-Politiker Volker Beck hatte zuvor ein Einreiseverbot gegenüber Dugin gefordert und ihn als »führenden Kopf der faschistischen Bewegung in Russland« bezeichnet. Weitere anwesende RednerInnen sind neonazistischen, militaristischen, völkisch-nationalen und revisionistischen Kreisen zuzurechnen. Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck, die in Begleitung von VertreterInnen von »Die Rechte« angereist sein soll, wurde von »Zuerst!«-Chefredakteur Dietmar Munier des Saales verwiesen. Ihr Vorhaben, für die Unterstützung ehemaliger angeklagter KZ-AufseherInnen zu werben, habe ein allzu offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus dargestellt. Die BetreiberInnen des Hotels schlossen eine erneute Vermietung der Räumlichkeiten für das jährlich stattfindende Treffen nicht aus.

Internationales faschistisches Forum

St. Petersburg. In St. Petersburg nahmen am 22. März 2015 rund 150 Personen der extremen Rechten, unter anderem der NPD, der griechischen »Chrysi Avgi« und der »British National Party« auf Einladung der Kreml-nahen Rodina-Partei (»Vaterlandspartei«) am »Internationalen Russischen Forum der Konservativen« teil. Neben der Frage, wie »traditionelle Werte« wie Familie und Christentum gefördert werden könnten, standen der Ukraine-Konflikt und die Politik der USA im Zentrum der Debatte. Laut Rodina-Politiker Fjodor Birukow diene das »Forum« als Auftakt einer gemeinsamen Plattform gegen die »Bedrohung der Souveränität und der nationalen Identität«. Mehrere DemonstrantInnen, die vor dem Veranstaltungsort protestierten, wurden festgenommen. Die »Vereinigung der jüdischen Gemeinden in Russland« fand es »zynisch«, dass das Treffen kurz vor dem 70. Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland stattfand. St. Petersburg stand während des Krieges 900 Tage lang unter Belagerung der Wehrmacht. Dabei starben nach Schätzungen über eine Million ZivilistInnen durch Hunger und Bombardierungen.

EU-Gelder missbraucht – Steuern hinterzogen?

Frankreich. Der extrem rechte »Front National« (FN) steht im Verdacht, Gelder aus dem EU-Haushalt für MitarbeiterInnen der Partei verwendet zu haben. Parlamentspräsident Martin Schulz schaltete die EU-Antibetrugsbehörde ein, um »finanzielle Unregelmäßigkeiten« der Partei zu untersuchen. Dem Vorwurf nach sollen 20 Personen als AssistentInnen der Abgeordneten rund 7,5 Millionen Euro erhalten haben, obwohl sie laut FN-Dokumenten ausschließlich auf nationaler Ebene tätig waren. Unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung steht derweil FN-Gründer Jean-Marie Le Pen. Dieser soll über eine Treuhandgesellschaft 2,2 Millionen Euro auf einem geheimen Konto in der Schweiz deponiert haben. Bereits seit Ende 2013 ermittelt die Justiz wegen Steuerhinterziehung gegen Le Pen. Dabei geht es um ein nicht deklariertes Vermögen in Höhe von 1,1 Millionen Euro. Im April 2013 hatte Le Pen gestanden, 1981 ein Konto bei der Schweizer Bank UBS gehabt zu haben. Die aktuellen Vorwürfe, zu denen Jean-Marie Le Pen bislang schweigt, dürften das Verhältnis zwischen dem langjährigen Vorsitzenden des FN und seiner Tochter Marine zusätzlich belasten. Nachdem Jean-Marie Le Pen jüngst erneut die Shoah verharmlost hatte, legte ihm seine Tochter den Rücktritt aus der Politik nahe. Sein Verstoß gegen die Absprache, am 1. Mai nicht auf der Bühne der offiziellen FN-Veranstaltung aufzutreten, hatte zur Folge, dass der Parteigründer nicht mehr im Namen des FN auftreten darf.

Im Hass vereint

Wien. Am 27. März 2015 trafen sich der Rechtspopulist Geert Wilders und der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache, um auf einer gemeinsamen Podiumsveranstaltung in der Wiener Hofburg das Thema »Europas Bedrohung durch die Islamisierung« zu diskutieren. Um gegen zurückkehrende »Dschihadisten« vorzugehen, schlugen sie die Wiedererrichtung nationaler Grenzen und den Entzug der StaatsbürgerInnenschaft vor. Trotz bestehender inhaltlicher Differenzen, eine sie die Meinung, dass der Islamismus »der Faschismus unserer Zeit« sei, so Strache im Rahmen der Pressekonferenz. Wilders äußerte dabei die Hoffnung auf die Bildung einer gemeinsamen Fraktion im EU-Parlament.

RechtspopulistInnen kurz vor dem Ziel

Helsinki. Die rechtspopulistische Partei »Wahre Finnen« erzielte bei der Wahl zum finnischen Parlament 17,6 Prozent der WählerInnenstimmen und wurde damit zweitstärkste Kraft. Die EU-GegnerInnen können nun hoffen, als Co-Partner der liberalen »Zentrumspartei« in die Regierung einzuziehen. Die »Wahren Finnen«, die Abtreibung ebenso wie die Ehe für Homosexuelle ablehnen, hatten im Wahlkampf Stimmung gegen ImmigrantInnen gemacht und eine Verschärfung des AusländerInnenrechts gefordert. Bei der Wahl zum Europaparlament im Mai 2014 hatten die »Wahren Finnen« mit 12,9 Prozent zwei Mandate erzielen können. Vertreten werden diese durch Sampo Terho und Jussi Halla-Aho. Die »Wahren Finnen« gehören, ebenso wie die AfD und die britischen »Tories«, der Fraktion der »Europäischen Konservativen und Reformer« (ECR) an.

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ Email-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name ______________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Mark Mühlhaus/attenzione (Titel, Seiten 3, 9, 11, 13, 15, 22)
Jan Nowak (Seite 4)
Kai Budler (Seite 6)
Roland Geisheimer/attenzione (Seiten 7, 8, 25)
dpa (Seite 17)
Gedenkstätte Sandbostel (Seite 18)
Glocksee-Schule Hannover (Seite 20)
Lucius Teidelbaum (Seite 26)
Southern Poverty Law Centre (Seite 27)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

PROTEST
eine Plakatausstellung

Der Protest
hat viele Gesichter, Themen, Anlässe.
... wo wir dabei waren, was wir gesehen haben, wen wir getroffen haben: mutige, kreative, skurrile Momente, eindrucksvolle, engagierte, witzige Menschen ... ihre Ideen, Aktionen – klar auch ihr Gegenüber, die schwierigen Momente wie Konfrontationen und natürlich auch Zweifel ...
Das Plakat
hat trotz digitaler Welt an Einfluss nicht verloren. Protest, Widerstand wäre ohne das Plakat nicht denkbar. Protest wird mit Plakaten beworben.
Die Ausstellung
Ohne auf klischeehafte Riotbilder zurück zu greifen, zeigen wir mit 20 Motiven, wie unterschiedlich Protest sein kann.

Ihr könnt die einzelnen Plakate im Anschluss gerne zu Gunsten einer Initiative, NGO etc. verkaufen oder versteigern.
Interesse - dann fragt die Ausleihbedingungen bei uns ab:
agency@attenzione-photo.com
attenzione photographers

PROTEST
attenzione photographers

Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN
abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand































